

Beantwortung der Fragen zu den Wahlprüfsteinen

1. Prüfstein: Geschlechtergerechte Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik sind nicht geschlechtsneutral. Spätestens seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro (1992) ist bekannt, wer eine langfristig erfolgreiche nachhaltige Entwicklung in Gang bringen will, muss zusammen mit der ökologischen und ökonomischen Verträglichkeit auch die sozialen Aspekte berücksichtigen und dabei vor allem Geschlechtergerechtigkeit herstellen. Wir fordern deshalb die durchgängige Integration der Geschlechterperspektive in alle politischen Prozesse und Programme und in die Arbeit aller Ressorts, die direkt oder indirekt mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen befasst sind. Dies gilt auch für die Bildungsarbeit (Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung), die sowohl Nachhaltigkeits- als auch Genderkompetenzen fördern muss.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	DieLinke.PDS
<p>Wie wollen Sie das Gender Mainstreaming im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung zukünftig umsetzen und verankern?</p>	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird von CDU und CSU als durchgängiges Leitprinzip anerkannt. Wir wollen diese Aufgabe mittels der Strategie des Gender Mainstreaming aktiv fördern. In diesem Zusammenhang kann es Sinn machen, ein Prüfverfahren zu implementieren, mit dem die Genderrelevanz von Umweltpolitik in Zukunft besser als bislang aufgezeigt werden kann. Dabei ist es elementar, bei jedem Vorhaben zu prüfen, ob und inwiefern dieses Genderrelevanz besitzt. Die konkrete Ausgestaltung unserer Gender Mainstreaming-Strategie in diesem konkreten Bereich werden wir nach einem Regierungswechsel festlegen. Die Union wird dabei insbesondere darauf achten, dass diese mit unserer Forderung nach Bürokratieabbau im Einklang steht. Neue Prüfverfahren dürfen den Verwaltungsaufwand nicht erhöhen, sondern sollen diesen optimieren. Die Bewäh-</p>	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>Die Nachhaltigkeitsstrategie der SPD-geführte Bundesregierung sieht explizit eine gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen vor. „Für die Bundesregierung sind die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die aktive Frauenförderung entscheidende Beiträge, damit Familie und Beruf durch konkrete staatliche Maßnahmen besser miteinander verbunden werden können. Das Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz, das am 05.12.2001 in Kraft getreten ist, hat als wesentliches Ziel die Förderung von Frauen, um ihre Gleichstellung im Bereich des Bundes tatsächlich durchzusetzen. Die Bundesregierung hat sich auch dazu verpflichtet, im Sinne des Gender-Mainstreaming geschlechtsspezifische Aspekte in allen Fachpolitiken zu berücksichtigen und diese Verpflichtung in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung aufzunehm-</p>	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>Gender Mainstreaming ist für uns sowohl Grundsatz als auch Methode, den geschlechtsspezifischen Ansatz in alle Politikfelder, Konzepte und Prozesse einzubringen. Letztlich soll er als selbstverständlicher Teil des Handelns bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden.</p> <p>Die rot-grüne Bundesregierung hat in allen Bereichen den Ansatz des Gender Mainstreaming aktiv gefördert. Ausgehend vom Kabinettsbeschluss zum Gender Mainstreaming und mit der Einrichtung der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) wurde auch im Bundesumweltministerium Gender Mainstreaming in allen Geschäftsbereichen eingeführt und ein Pilotprojekt hierzu initiiert.</p> <p>Die Implementation von Gender Mainstreaming zeigt deutlich, dass damit ein Qualitätsgewinn für die Umweltpolitik erreicht wird.</p>	<p>Es ist für die FDP sehr interessant, die Einschätzungen der in Ihrem Netzwerk beteiligten Wissenschaftlerinnen und Genderexpertinnen zu den vielfältigen, von Ihnen bearbeiteten Politikfeldern zu erfahren. Sehr gerne möchte ich (Ina Lenke) als Vorsitzende der „Bundesvereinigung Liberale Frauen e.V.“ und frauenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion diese Aspekte in unsere interne politische Diskussion einfließen lassen. Bislang haben wir uns mit den zahlreichen von Ihnen gestellten Fragen leider noch nicht detailliert befasst und dazu Positionen festgelegt. Ich sehe mich daher außerstande, Ihren Fragenkatalog umfassend zu beantworten. Gerne möchte ich aber zu einzelnen Themenfeldern folgende Anmerkungen machen: <i>[die folgenden Antworten sind von uns – genanet - den jeweiligen Prüfsteinen zugeordnet. Eine Zuordnung zu den Fragen war nicht möglich ist ausschließlich dem Platz(sparen) geschuldet!]</i></p> <p><u>Zu den Grundsätzen eines geschlechterdemokratischen Staates</u></p> <p>Die Liberalen sehen, wie Sie, durchaus noch Defizite hinsichtlich der</p>	<p>Für die Linkspartei.PDS ist Gender Mainstreaming ein grundlegendes Konzept, das in allen Politikbereichen Anwendung finden muss. Entscheidungen, die für die unterschiedlichen Lebensbereiche getroffen werden, haben oft unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen – ob sie die Arbeitsmarktpolitik, die Gesundheitspolitik, aber auch die Verkehrspolitik und den Klimaschutz betreffen. Außerdem setzen wir uns in allen gesellschaftlichen Bereichen für eine bessere Repräsentanz von Frauen ein.</p> <p>Gerade im Bereich der Umweltpolitik und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind die Auswirkungen auf Frauen bislang kaum untersucht worden. Ebenso wie die Erfahrungen von Frauen spätestens dann vernachlässigt werden, wenn es um technikbasierte Entscheidungen und solche geht, die in den hohen Führungsetagen von Politik und Wirtschaft getroffen werden. Hier sind Frauen extrem unterrepräsentiert.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	<p>diesen optimieren. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen und Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern kann dann zu einer qualitativen Verbesserung von Umweltpolitik führen.</p>	<p>der Bundesregierung aufzunehmen. Mit der Agenda 21 haben Frauen die Chance, Veränderungen in der Gesellschaft durch Partizipation und Konsultation einzuleiten. Netzwerke; wie u. a. „Frauen und lokale Agenda“ oder „Frauen und Umwelt“ (LIFE e.V.) sind Ausdruck bestehender Initiativen für das Engagement der Frauen für mehr Gleichberechtigung und Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen.“ (Nachhaltigkeitsstrategie S. 61 bzw. S. 84)</p> <p>Im Übrigen haben einige der Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie expliziten Gender-Bezug:</p> <p>➤ So soll das Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen in den alten Bundesländern in allen Altersgruppen deutlich erhöht werden (auf 30% bis 2010, jeweils für die Altersgruppen 0 bis 3 Jahre; 3 bis 6,5 Jahre; 6,5 bis 12,5 Jahre) – dies vereinfacht eine Berufstätigkeit von Männern und Frauen. Der Bund fördert den Ausbau von Ganztagssschulen mit vier Mrd. Euro bis 2007; den Kommunen stehen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe seit diesem Jahr jährlich 1,5 Mrd. Euro für die Verbesserung der Betreuungssituation der unter Dreijährigen zur Verfügung. Dazu hat der Bundestag mittlerweile mit den Stimmen der Koalition das Gesetz zum Ausbau der Kindertagesbetreuung verabschiedet.</p>	<p>wird.</p> <p>Das Gender Impact Assessment (GIA) wurde als zentrale Methode entwickelt. Mit Hilfe des GIA als Instrument zur systematischen und umfassenden Prüfung der Auswirkungen von politischen Maßnahmen wie Gesetzen, Verordnungen und Programmen sowie von alltäglichem Verwaltungshandeln auf Frauen und Männer sowie auf die Geschlechterverhältnisse insgesamt könnte GIA - vergleichbar der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) - weiterentwickelt werden. Zentraler Bestandteil dieses Prüfverfahrens ist die GIA-Checkliste mit einem dreistufig aufgebauten Prüfverfahren, bestehend aus einer vorausgehenden Relevanzprüfung, der Hauptprüfung und der abschließenden Bewertung.</p> <p>Die vom BMU geförderten Kongresse zur Vernetzung von ExpertInnen zu Gender und Nachhaltigkeit sind erste Schritte diese Themenkomplexe nachhaltig miteinander zu verbinden. Mit der Datenbank Nachhaltigkeit & Gender wurde eine Schnittstelle geschaffen, die die ganze Bandbreite des Themas sichtbar macht. Hier dürfen und wollen wir nicht stehen bleiben. Es muss in Zukunft ein regelmäßiger Austausch zwischen den AkteurInnen erfolgen, der auch institutionell verankert ist.</p> <p>Auch für die Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist der Gender-Mainstreaming-Gedanke wichtig.</p>	<p>tatsächlichen Geschlechtergerechtigkeit in unserem Staat: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat nicht nur die Gleichberechtigung von Frauen und Männern klar in Artikel 3 Absatz 2 verankert, sondern seit über 10 Jahren auch das Gebot der Förderung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung und Beseitigung bestehender Nachteile durch den Staat. Die Situation von Frauen in Deutschland zeigt, dass diese Handlungsvorgaben des Grundgesetzes immer noch aktuell sind.</p> <p>Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern setzt aus unserer Sicht einen gesellschaftlichen Wandel im weiblichen und im männlichen Rollenverständnis und die stärkere Wertschätzung und Integration weiblicher Potenziale in Wirtschaft und Gesellschaft voraus. Mit dem Abbau von Benachteiligungen muss für die Liberalen die Anerkennung besonderer Talente und Kompetenzen von Frauen einhergehen. Frauenförderung hatte und hat zu Recht den Blick auf Defizite hinsichtlich der Gleichberechtigung von Frauen gerichtet. Frauen fordern aber mehr denn je, dass der Blick auch auf ihre Potentiale gerichtet wird. Zum Selbstverständnis vieler Frauen gehören heute: Eigenverantwortung, Selbstständigkeit, Leistungsbereitschaft und -fähigkeit, Toleranz, Veränderungsbereitschaft und soziale Verantwortung. Diese Werte und Prinzipien sind es, auf die die heutigen Frauen setzen und die sie an vielen Stellen in unserer Gesellschaft schmerzlich vermissen. Sie</p>	<p>Bislang werden leider viel zu wenige geschlechtssensible Untersuchungen und Analysen durchgeführt. Diese sind aber nötig, um zum einen herauszufinden, inwieweit Frauen anders von Maßnahmen betroffen sind als Männer und zum anderen, um harte Daten und Fakten zu erhalten, mit deren Hilfe diese Unterschiede in den zu treffenden Entscheidungen berücksichtigt werden können. Nicht zuletzt auch deswegen, weil sich viele PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Wirtschaftsleute erst dann bereit sind, ihre Haltung zu überdenken, wenn sich ihre Wissensbasis erweitert hat.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>➤ Beim Indikator Verhältnis des Bruttojahresverdienstes vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer zwischen 35 und 39 Jahren (in den alten Bundesländern) ist das Ziel eine Verbesserung der Bedingungen der Frauenerwerbstätigkeit, um die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern abzubauen: Bis 2010 soll hier eine Angleichung auf 85 Prozent erfolgt sein.</p> <p>Bei der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie wurde auf die Entwicklung der Indikatoren eingegangen sowie Projekte benannt, die zur Zielerreichung beitragen sollen. Dies verdeutlicht unser weiteres Engagement in Sachen Geschlechtergerechtigkeit.</p>	<p>Geboten ist aus unserer Sicht, das Thema Gender als Querschnittsthema zu verankern, denn gerade die Perspektive der Geschlechterverhältnisse ist hilfreich um die Bezüge zwischen den einzelnen Themenfeldern herauszuarbeiten. Die bessere Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse würde auch die Chance bieten, die aus unserer Sicht leider noch nicht ausreichende Kommunikation der Nachhaltigkeitsstrategie in die Öffentlichkeit gemeinsam mit den Akteuren des Gender Mainstreaming zu intensivieren. Dazu ist es allerdings auch nötig GenderexpertInnen und -organisationen in allen Themenbereichen in den Dialogphasen verstärkt einzubinden. Hier könnte die Einbindung, wie im BMU geschehen, als Vorbild dienen.</p>	<p>wollen auf eigenen Beinen stehen und sich nicht in eine tatsächliche oder empfundene Abhängigkeit von einem Partner begeben. Sie wollen ihr persönliches Lebenskonzept frei und ohne Schranken wählen und leben. Sie wollen für ihre Arbeit, sei es in der Erwerbswelt oder in der Familie, eine angemessene Anerkennung finden. Sie sind leistungsbereit und leistungsstark und fordern, dass allein im Leistungsprinzip das Kriterium für Karriere und Erfolg liegt - und nicht in versteckten oder unbewussten Vorurteilen gegen ihre Fähigkeiten. Viele Frauen tragen große persönliche Verantwortung für Kinder, Partnerschaft, hilfebedürftige Eltern. Gleichzeitig beanspruchen sie Eigenverantwortung für ihr Leben und Verantwortung in Beruf und Gesellschaft. Frauen sind aus liberaler Sicht nicht über einen Kamm zu scheren - ihre Ziele und Bedürfnisse sind vielfältig und Vielfalt und Toleranz gegenüber dieser Individualität ist ihnen wichtig. Eine Politik, die alle diese Prinzipien hoch hält, das Individuum in der Mittelpunkt stellt und statt mit der Gießkanne zu agieren zielgruppengerechte Lösungen finden will, trifft nach der Überzeugung der FDP die Vorstellungen der Frauen. Emanzipierung ist in vielerlei Hinsicht Liberalisierung.</p>	
<i>Welche unterstützenden Maßnahmen, Methoden und</i>				<p>Um unsere Gesellschaft zu einer liberalen Bürgergesellschaft weiter zu entwickeln brauchen wir Menschen, die veränderungsbe-</p>	<p>Wir setzen uns für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und die Verbesserung der Gleichstellungsgesetze im Öff-</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
<i>Instrumente sind dafür vorgesehen?</i>				<p>reit sind. Die Liberalen wissen: Wir brauchen die Frauen. Gerade weil Frauen erleben, dass die heutigen Verhältnisse in unserer Gesellschaft ihnen immer noch Nachteile bringen, sind sie in besonderem Maße bereit, sich mit Nachdruck für Reformen stark zu machen. Dabei sind es typischerweise eher Frauen als Männer, die in solchen Veränderungsprozessen ganzheitliche Problemlösungskompetenzen und auch eine soziale Verantwortung zeigen. Sie stehen für Lebensentwürfe und -ziele, in denen wirtschaftlicher/ beruflicher Erfolg, Verantwortung für Familie, politisches und bürgerschaftliches Engagement, Verstand und Herz keine Gegensätze sind. Ihre Mehrfachorientierung und die Rollenerweiterung machen Frauen nach Überzeugung der FDP zu glaubwürdigen Vorreiterinnen für flexible, zukunftsweisende Lebensmuster und zukunftsweisende Politik. Die Reformen, die Frauen sich wünschen, braucht unsere Gesellschaft insgesamt: Ein flexibilisiertes, modulares Ausbildungssystem und eine flexible Arbeitswelt, die wechselnde oder gleichzeitige Phasen von privatem und beruflichem Engagement erleichtern und fördern; eine Kultur der Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements, einen Rückbau belastender, überbordender staatlicher Eingriffe und Bürokratie.</p> <p>Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion in parlamentarischen Initiativen gefordert:</p>	<p>fentlichen Dienst ein, so dass auch mehr Frauen in die Führungsetagen der Verwaltungen und z.B. der Energiewirtschaft vordringen können. Das ist natürlich dort ein Problem, wo es in der unteren Hierarchie schon kaum Frauen gibt, weil besonders technikbasierte Berufe nach wie vor eine Domäne der Männer sind. Das hat sicher zum einen mit unterschiedlichen Interessen zu tun, zum anderen aber auch mit unterschiedlichen Einstiegs- und Aufstiegschancen. Dass sich ein Großteil der Mädchen und jungen Frauen nach wie vor für typische Frauenberufe entscheiden, ist sicher zum einen sozialisationsbedingt. Es ist aber mittlerweile auch nachgewiesen, dass sich viel mehr Mädchen für so genannte typische Männerberufe in Handwerk und Technik bewerben, diese Stellen aber nicht bekommen. Ebenso kann es passieren, dass eine Frau im Maschinenbau zwar noch einen guten Abschluss macht, dann aber keine Unterstützung für ihre Promotion oder gar Habilitation erhält. Um dies zu ändern brauchen wir ebenfalls mehr Frauen in den Leitungsebenen und den unterschiedlichen Gremien, die nach unserer Meinung ebenfalls quotiert sein müssen.</p> <p>Gleichzeitig müssen aber auch Analysen und Untersuchungen gefördert werden, die geschlechtssensible Daten und Fakten erheben, auswerten und Handlungsempfehlungen liefern. Hier unterstützen wir die Einfüh-</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
					<p>rung und Entwicklung des Gender Impact Assessments (GIA), bzw. einer Gleichstellungsprüfung, mit deren Hilfe solche Daten erhoben werden können.</p>
<p><i>Ist ein Monitoring / eine Evaluation der Umsetzung vorgesehen? Wer wird dafür zuständig sein?</i></p>				<ul style="list-style-type: none"> • Bestehende Barrieren und Benachteiligungen, die der faktischen Gleichberechtigung der Geschlechter entgegenstehen, müssen in einem breiten gesellschaftlichen Prozess, der Frauen und Männer gleichermaßen betrifft und einbezieht, durch vielfältige Ansätze und Maßnahmen beseitigt werden. Bei der Gleichstellung geht es nicht nur um Frauen, sondern um die Stellung von Frau und Mann zueinander auf der Grundlage gleicher Rechte, Pflichten und Chancen in allen Lebensbereichen. Nicht nur Frauen haben ein Recht, ohne Diskriminierung Führungs- und Entscheidungspositionen einzunehmen, auch Männern müssen Chancen zur Erweiterung ihres Rollenspektrums gegeben werden durch Abbau von Vorurteilen beispielsweise hinsichtlich der erweiterten oder ausschließlichen Familientätigkeit eines Mannes. 	<p>Sinn machen diese Untersuchungen natürlich nur, wenn sie anschließend auch evaluiert werden und die Ergebnisse den EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft nahe gebracht werden. Hier ist es nötig, die Aufträge für diese Arbeit an unabhängige Institutionen zu vergeben, die sich aufgrund ihrer Arbeit mit Gender-Aspekten auskennen und die notwendige Übersetzungsarbeit leisten können.</p>
<p><i>Wie werden Sie der Öffentlichkeit über den Fortschritt bei der Umsetzung des Gender Mainstreaming Bericht erstatten?</i></p>				<ul style="list-style-type: none"> • Gender Mainstreaming sollte die gesamte Politik als Prozess zur Qualitätsentwicklung prägen. Durch die Ausrichtung aller gesellschaftlichen Vorhaben an den Lebensrealitäten und Interessen beider Geschlechter wird die Wirksamkeit von politischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen erhöht. 	<p>Die Linkspartei.PDS informierte die Öffentlichkeit mittels Veranstaltungen, Artikeln, Flyern, Internet etc. über die Inhalte ihrer Arbeit. Dies wird auch der Fall sein, wenn wir als Fraktion wieder in den Bundestag einziehen werden. Über die Umsetzung werden wir als Oppositionspartei auf Bundesebene in diesen Bereichen nicht entscheiden können. Was wir jedoch tun werden,</p>

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	DieLinke.PDS
					ist über unsere Anträge und unsere Positionen zu informieren.
In welcher Form soll die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie geschlechtergerecht weiterentwickelt werden?				<p>• Frauenpolitik muss vorangetrieben werden im Bewusstsein, dass Frauen mehrheitlich besser qualifiziert sind als jemals zuvor und dass sie besondere Perspektiven, Wissen und Erfahrungen mitbringen, auf die die Gesellschaft nicht verzichten sollte. Die wirkungsvollste Triebfeder für ein Engagement zur Frauenförderung ist es, Gleichstellung als Erfolgsfaktor zu erkennen. Dies gilt ganz besonders für die Arbeitswelt. Die berufliche Gleichstellung von Frauen muss vorangetrieben werden angesichts eines sich ständig vergrößernden Wettbewerbs um die besten Fachkräfte in einer alternden Bevölkerung und aus der Erkenntnis heraus, dass es für die eigene Organisation ein Verlust ist, wenn weibliche Potentiale sich aufgrund von Diskriminierungen nicht optimal entfalten. Dagegen wird die zielgruppenadäquate Förderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einer Kultur, die Vielfalt schätzt und ermöglicht, die wirtschaftlich besten Ergebnisse bringen.</p>	<p>Auch hinsichtlich der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gilt das, was für andere Bereiche gilt: Es müssen von einschlägig versierten WissenschaftlerInnen Kriterien entwickelt werden, anhand derer die einzelnen Schwerpunkte geschlechtergerecht überarbeitet werden. Berücksichtigung finden muss u. a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • bei der Energie, dass sich viel mehr Frauen gegen die Atomenergie aussprechen als Männer; • beim Thema Mobilität, dass mehr Frauen den ÖPNV oder ihr Fahrrad benutzen oder aber zu Fuß gehen und Entscheidungen nicht allein für den Autoverkehr getroffen werden dürfen; • dass nach wie vor für gesunde Ernährung meist Frauen zuständig sind, die aber auch in der Lage sein müssen, ökologisch produzierte Lebensmittel zu kaufen. <p>Es geht also nicht allein um die Erkenntnisse, sondern auch um die Umsetzung in Politik. Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind ebenso ein Querschnittsthema wie Gleichstellungspolitik – beides muss Handlungsfelder zusammen denken und zusammen binden.</p>

2. Prüfstein: Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Gestaltungsmacht (nicht nur) im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit

Der Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist trotz des hohen Bildungsniveaus von Frauen gering, dies gilt für den Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich ebenso wie für (fast) alle anderen gesellschaftlichen und politischen Bereiche. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen und die Einbeziehung von Expertinnen und Wissenschaftlerinnen in umweltrelevante Planungen und Gremien ist nicht nur unter dem Aspekt der Gerechtigkeit relevant. Vielmehr ist es auch ökonomisch geboten, das Potenzial von mehr als der Hälfte der Bevölkerung zu nutzen. Wir fordern deshalb eine gleichberechtigte Besetzung aller Entscheidungspositionen, Beratungsgremien und ExpertInnenkommissionen sowie die gezielte Einbeziehung von GenderexpertInnen in Beratungs- und Entscheidungsgremien.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	DieLinke.PDS
Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt an Entscheidungen beteiligt werden?	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>CDU und CSU wollen die Gleichstellung von Frauen in der Berufswelt. Dies setzt insbesondere voraus, dass Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren sind. Die Schaffung familienfreundlicher Unternehmensstrukturen gehört aber auch zu den zentralen Aufgaben eines erfolgreichen Managements. Um eine effektivere Umsetzung erreichen zu können, muss der Gleichstellungspolitik insgesamt ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Sie muss als zentrales Element sowohl von Gesellschafts- als auch von Wirtschaftspolitik begriffen werden. CDU und CSU halten es für elementar, in der Gleichstellungspolitik stärker als bislang auf einen Geschlechterkonsens hinzuwirken und darauf zu achten, dass Gleichstellungspolitik Frauen und Männer im Blick hat.</p> <p>CDU und CSU werden das Konzept Gender Mainstreaming angemessen umzusetzen und dabei ein Übermaß an Bürokratie vermeiden. Die spezifische Frauenpolitik darf dabei</p>	<p>Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft und im Beruf gleichgestellt sind. Frauen- und Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass das Gender-Mainstreaming-Prinzip zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit in allen politischen Bereichen konsequent angewandt wird. Wir stehen außerdem für eine starke institutionelle Verankerung auf allen politischen Ebenen – durch Frauenministerien, Frauenausschüsse und Gleichstellungsbeauftragte in Regierungen, Parlamenten, Verwaltungen etc.</p> <p>Innerhalb der SPD sind gemäß einer Selbstverpflichtung in Wahlordnung und Statut jeweils mindestens 40% der Ämter und Mandate für Frauen und Männer reserviert. Als Folge dieser innerparteilichen Quote sind inzwischen auch knapp 40% der SPD-Abgeordneten im Bundestag weiblich. Die auf die SPD entfallenen Ressorts der Bundesregierung sind ebenfalls paritätisch mit jeweils fünf Ministerinnen und Ministern besetzt.</p> <p>Was die Besetzung von Gre-</p>	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>Zur gleichberechtigten Beteiligung von Frauen an Entscheidungspositionen und Entscheidungen ist eine paritätische Besetzung aller von der Bundesregierung zu besetzenden Gremien mit Frauen und Männern im grünen Sinne. Schließlich haben wir als erste politische Partei 1986 die Mindestquotierung eingeführt – und erleben täglich, wie wichtig, sinnvoll und effektiv diese Bestimmungen sind. Im rot-grünen Koalitionsvertrag von 2002 wurde eine Überarbeitung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes vereinbart. Im März diesen Jahres haben wir den Koalitionsantrag „Auf dem Weg in ein geschlechtergerechtes Deutschland – Gleichstellung geht alle an“ eingebracht, in dem vorgeschlagen wurde, eine Rechtsverordnung zur zügigen Umsetzung der Bestimmungen des Bundesgremienbesetzungsgesetzes über das Berufungs-, Vorschlags- und Entsendungsverfahren bei Gremienbesetzungen zu erlassen. Dieses Vorhaben konnte wegen des Be-</p>		<p>Die Linkspartei.PDS setzt sich für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und die Verbesserung der Gleichstellungsgesetze im Öffentlichen Dienst ein. Wir wollen z.B. auch, dass Gremien in Verwaltung und Hochschule paritätisch besetzt werden. Ein solches Gesetz ist umso nötiger, als die letzten Jahre gezeigt haben, dass eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft, mehr Frauen zu fördern, familienfreundliche Arbeitszeiten einzuführen und ihre Führungsetagen nicht länger den Männern vorzubehalten, nichts bewirkt hat. Da der Staat gemäß Artikel 3, Absatz 2 Grundgesetz die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern aktiv unterstützen soll ist ein solches Gesetz längst überfällig, um die millionenfache Diskriminierung von Frauen aufzubrechen.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	nicht in den Hintergrund geraten bzw. schrittweise abgebaut werden, solange die tatsächliche Gleichberechtigung in den entsprechenden Bereichen nicht erreicht ist. In der Gleichstellungspolitik halten es CDU und CSU ferner für wichtig, stärker als bislang die verschiedenen Frauengenerationen und altersspezifische bzw. biographiespezifische Unterschiede zwischen den Frauen im Blick zu haben und sich nicht auf eine einseitige Zielgruppenpolitik zu beschränken.	mien im Einflussbereich des Bundes angeht, so verpflichtet das Bundesgremiengesetz von 1994 grundsätzlich jede vorschlagsberechtigte Stelle, für jeden ihr zustehenden Gremiensitz jeweils eine Frau und einen Mann gleicher Eignung zu benennen. Die berufende Stelle muss bei der Auswahl der geeigneten Personen dafür sorgen, dass das Gesetzesziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern im Gremium erreicht wird.	schluss' Neuwahlen durchführen zu lassen, nicht mehr umgesetzt werden. Die Fraktion der Grünen wird sich aber weiterhin dafür einsetzen. GRÜNE wollen, dass Frauen Führungspositionen übernehmen und zwar entsprechend ihrer Fähigkeiten und ihrer Ausbildung. Wir wissen, dass sich die hohen Qualifikationen von Frauen nicht entsprechend in beruflichen Erfolgen widerspiegeln. Die geschlechtsspezifische Rollenverteilung hindert Frauen nach wie vor daran, ihre Potenziale voll auszuschöpfen. Ca. 10% Frauen in Führungspositionen sind im europäischen Vergleich nur Mittelfeld. Daher halten wir gesetzliche Rahmenbedingungen für nötig. So konnte durch das Gleichstellungsgesetz im Öffentlichen Dienst der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden. Ebenso konnte der Anteil von Professorinnen von 9,5% in 1998 auf 13% in 2005 gesteigert werden.		
<i>Wie werden Sie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der privaten Wirtschaft und in Verbänden verstärkt einfordern und deren Umsetzung überprüfen?</i>	Zur Durchsetzung einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in der privaten Wirtschaft wollen wir gemeinsam mit den Unternehmen stärker als Rot-Grün auf eine frauen- und familienfreundliche Ausgestaltung der Arbeitswelt hinwirken und so gewünschte Erwerbstätigkeit von Frauen besser ermöglichen.	Im Jahre 2001 hat die Bundesregierung eine Vereinbarung mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft getroffen. Es wurde eine paritätisch besetzte hochrangige Gruppe „Chancengleichheit und Familien-	In der Privatwirtschaft hat dagegen die freiwillige Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Bundesregierung zur Förderung der Chancengleichheit von 2001 zu keinen Erfolgen geführt. Daher halten wir auch hier gesetzliche Regelungen für nötig, gekoppelt mit materiellen Anreizsystemen für ArbeitgeberInnen, die		Das von uns vorgeschlagene Gesetz soll mittels einer Gleichstellungsbeauftragten Kontrollmöglichkeiten ebenso schaffen wie es Sanktionsmöglichkeiten insbesondere gegen größere Unternehmen vorsieht, die sich hinsichtlich der gesetzlichen Vorgaben uneinsichtig zeigen.

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	<p>chen. Wir werden bessere Wiedereinstiegschancen in den Beruf für Frauen und Männer durchsetzen.</p> <p>CDU und CSU werden sich dafür einzusetzen, dass Frauen nicht nur bei gleicher, sondern auch bei gleichwertiger Arbeit ein gleiches Entgelt wie ihre männlichen Kollegen erhalten.</p> <p>Wir werden den Frauenanteil in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, insbesondere in den Naturwissenschaften und in der Technik, und den Männeranteil in klassischen Frauenberufen durch gezielte Fördermaßnahmen und Programme in Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbildung erhöhen. Wir werden Frauen in ihrem beruflichen Fortkommen fördern und gemeinsam mit den Wirtschaftsunternehmen wirkungsvolle Strategien zur Förderung von Frauen in Führungspositionen entwickeln und umsetzen.</p>	<p>freundlichkeit in der Wirtschaft“ eingesetzt, erstmals Ende 2003 wurde die Bilanz über die Umsetzung der Vereinbarung und die erzielten Fortschritte in den Unternehmen vorgelegt.</p> <p>Wir wollen, dass Frauen die gleichen Karrierechancen und den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Forschung erhalten. Wenn dies auf freiwilliger Basis nicht umgesetzt wird, werden wir verbindliche Regelungen schaffen.</p>	<p>dieses Ziel befördern. Wir setzen uns daher z.B. für eine Bevorzugung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ein.</p> <p>Ebenso brauchen wir mehr Bewegung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nur ca. acht Prozent aller Unternehmen haben dazu Betriebsregelungen und die richten sich oft nur an Mütter. Das ist zu einseitig und zu wenig. Übrigens auch für die Wirtschaft selbst, denn für die Unternehmen lohnt es sich, gut ausgebildete Frauen im Betrieb zu halten. Nicht zuletzt wegen der demographischen Entwicklung und dem prognostizierten Fachkräftemangel sorgen Unternehmen mit der Sicherung von qualifizierten Arbeitskräften für die Zukunft vor.</p>		
<p><i>Setzen Sie sich für eine Integration der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit in alle politischen Planungen / Diskussionen ein und wie soll diese gegebenenfalls gefördert werden?</i></p>		<p>Für uns ist Frauen- und Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass das Gender-Mainstreaming-Prinzip zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit angewandt wird.</p>	<p>Auch ein Antidiskriminierungsgesetz, das Benachteiligungen im Arbeits- und Alltagsleben wirksam entgegentritt, wäre ein wichtiger Baustein für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Leider ist unser ambitionierter Entwurf zuerst von der SPD verwässert worden und dann am Widerstand von CDU/CSU und FDP im Bundesrat gescheitert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werben weiter für eine weltoffene und</p>		<p>Ja. Gender Mainstreaming muss als Konzept in allen politischen Planungen umgesetzt werden. (Siehe auch Antworten auf Frage 1). Hier ist es sicher hilfreich, wenn Fachleute, die sich mit Gender-Studien beschäftigen als BeraterInnen hinzugezogen werden und wenn Analysen und Untersuchungen zu einzelnen Politikfeldern in Auftrag gegeben werden. Fragen zur Auswirkung der Energie-</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			<p>pluralistische Zivilgesellschaft, in der Diskriminierung keine Chance hat. Niemand soll wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder wegen einer Behinderung benachteiligt werden.</p> <p>Die Durchsetzung von Chancengleichheit für Frauen und Männer ist ein wichtiges Ziel bündnisgrüner Politik. Wir wissen, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Wir wollen, dass Gender Mainstreaming in alle Bereiche der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Realität Einzug hält. Um dieses Ziel zu erreichen, muss Gender Mainstreaming als Ergänzung zur "klassischen" Frauenpolitik in Bevölkerung und Medien bekannt gemacht werden. Wir wollen, dass Gender Mainstreaming die Frauenpolitik ergänzt. Dafür brauchen wir auch mehr Engagement der Männer. Außerdem wollen wir eine möglichst konkrete Umsetzung in Politik und Verwaltung. Die rot-grüne Bundesregierung hat hierzu eine Reihe von Maßnahmen initiiert, seit 2002 gibt es einen umfangreichen Internetauftritt zu Gender Mainstreaming (www.gender-mainstreaming.net). Ebenso sind das Genderkompetenzzentrum in Berlin sowie die</p>		und Klimapolitik müssen ebenso gendersensibel untersucht werden wie Fragen zu Wirkungen von Chemikalien und Pestiziden.

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			Machbarkeitsstudie zu Gender Budgeting des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wichtige Bausteine zur Implementierung von Gender Mainstreaming.		
<i>Wie werden frauenpolitische Netzwerke/Organisationen im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit in Entscheidungsprozesse einbezogen und ihre Kompetenzen genutzt?</i>		genannt als Gender-Netzwerk, das vom Bundesministerium für Umwelt und vom Umweltbundesamt finanziert wird, ist das frauenpolitische Netzwerk im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit. genannt und ähnliche Frauennetzwerke und -organisationen sollten die Politik darauf aufmerksam machen, wenn ihres Erachtens wichtige frauen- und genderpolitische Fragen nicht beachtet werden - sozusagen in einer Wächterinnenfunktion - und sich als Expertinnen zu einzelnen Politikfeldern anbieten und bekannt machen. Eine prinzipielle Einbeziehung in alle Entscheidungsprozesse scheint jedoch nicht realisierbar.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben über das BMU schon von Anfang dafür gesorgt, dass frauenpolitische Netzwerke/Organisationen in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden werden. So trägt das BMU über die Verbändeunterstützung mit zur Finanzierung einer Stelle zum Thema Gender und Nachhaltigkeit bei. Auch wurde mit der Implementierung eines Projektteams „Gender Mainstreaming“ im BMU ein wichtiger Schritt unternommen, um dieses Thema in der gesamten Breite in die Entscheidungsprozesse im BMU und in die nachgeordneten Behörden zu transportieren. Die Teilnahme von externen ExpertenInnen in den drei Arbeitsgruppen gewährt zusätzlich eine starke Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen.		Die Linkspartei.PDS ist mit frauenpolitischen Netzwerken und Organisationen im Kontakt und lässt sich bei der Entwicklung ihrer Positionen auch gerne von ihnen beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen kann dann in die parlamentarischen Initiativen wie Anträge und Gesetzentwürfe in den Landtagen sowie – hoffentlich bald wieder – im Bundestag einfließen.

3. Prüfstein: Geschlechtersensible Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung fördern, geschlechterdifferenziertes Datenmaterial bereitstellen

In der auch von Deutschland mitgetragenen Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz von Peking (1995) wird die Einbeziehung der Ergebnisse geschlechtsspezifischer Forschung in die allgemeine Politik angemahnt. Auch wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, angemessene Untersuchungen über die Wirkungen von Umweltzerstörung und Umweltgefahren auf Frauen durchzuführen, sowie die strukturellen Zusammenhänge zwischen Geschlechterbeziehungen, Umwelt und Entwicklung generell und in einzelnen Umweltbereichen zu analysieren. Gendersensible Forschungsergebnisse sind in den letzten Jahren zwar vermehrt bereitgestellt worden, sind aber immer noch rar. Ebenso fehlt es nach wie vor an geschlechterdifferenzierten Daten. Wir fordern deshalb die konzeptionelle Weiterentwicklung einer gendersensiblen Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung und deren Konkretisierung in den verschiedenen Themenfeldern.

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
<i>Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um gendersensible Forschung im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit politisch zu unterstützen und zu finanziell zu fördern?</i>	<p><i>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</i></p> <p>Im Sinne unseres oben dargestellten Gender Mainstreaming-Ansatzes werden wir eine geschlechtersensible Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung fördern und dann auch geschlechterdifferenziertes Datenmaterial bereitstellen.</p>	<p>Gemeinsame Antwort auf die ersten drei Fragen: Die Bundesregierung hat ein milliardenschweres Forschungsprogramm zur Nachhaltigkeit aufgelegt. Mit dem Rahmenprogramm für eine zukunftsfähige innovative Gesellschaft „Forschung für die Nachhaltigkeit“ (FONA) fördert das SPD-geführte Bundesministerium für Bildung und Forschung gezielt die Erforschung, Umsetzung und Vermittlung von Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung. Eines von vier Aktionsfeldern ist das Aktionsfeld „Gesellschaftliches Handeln in Richtung Nachhaltigkeit“.</p> <p>Im Rahmenprogramm ist festgelegt, dass sowohl bei der personellen Besetzung der Forschungsverbände als auch bei den Forschungsinhalten Gender-Fragen besonders berücksichtigt werden sollen, weil sie zusätzliche Wissensbestände zum Nutzen aller erschließen können.</p> <p>Im Rahmenprogramm widmet sich ein eigenes Kapitel der Einbeziehung von Gender-Fragen in der Nachhaltigkeitsforschung. Ziel ist es, Wissen und Handlungsmöglichkeiten</p>	<p><i>(Beantwortung der ersten beiden Fragen gemeinsam)</i></p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich in allen Bereichen der Forschungspolitik dafür ein, dass die gesellschaftliche Relevanz von Problemen ein Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Mittel ist. Damit ist auch sichergestellt, dass die Frage berücksichtigt wird, wie ein bestimmtes Problem die Geschlechter betrifft. Für die Strukturen, in denen Forschung in Deutschland, aber auch international stattfindet, fordern wir mehr Gendersensibilität. So sollen Gremien geschlechterbewusst besetzt werden. In den Verhandlungen zum Pakt für Forschung und Innovation ist es gelungen, die Dimension der Frauenerförderung von Maßnahmen zu einem der Förderkriterien auszugestalten.</p>		<p>Gemeinsame Antwort auf die ersten drei Fragen: Als Oppositionspartei wird die Linkspartei.PDS nicht über Fördermittel entscheiden. Wir können aber die Ergebnisse der Forschungen und die Forderungen der Netzwerke und Organisationen in unsere Positionen und Anträge einfließen lassen. In unserer eigenen Arbeit ist Frauen- und Gleichstellungspolitik ebenfalls eine Querschnittsaufgabe, die sich darum kümmern kann, dass auch im Umwelt-, Energie- und Verkehrsbereich gendersensible Aspekte Berücksichtigung finden.</p> <p>Wir befürworten die Vergabe von Fördermitteln an Verbände, Organisationen und Institute, die sich mit gendergerechter Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung beschäftigen.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		zum Nutzen aller zu erschließen. Was die Durchführung des Programms betrifft, so ist auch für die Begutachtung festgelegt, dass Gender-Aspekten Rechnung getragen wird.			
<i>Wie soll gewährleistet werden, dass Genderfragen in die Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung integriert werden?</i>			Um die Grundlagen für Frauen und Genderaspekte in der Forschung zu legen, setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in allen Bildungsstufen für Geschlechtersensibilität ein. Aktuelles Beispiel ist die Einführung der Bachelor- und Master-Strukturen in den Studiengängen. Hier achten wir darauf, dass mit der Einführung des Bachelor als berufsbefähigendem Abschluss keine zusätzliche Qualifikationshürde für Frauen eingezogen wird.		s.o.
<i>Mit welchen Strukturen und Verfahren wollen Sie sicherstellen, dass Ergebnisse der gendersensiblen Forschung in die Politikgestaltung einfließen und wie sollen die Forschungsergebnisse kommuniziert werden?</i>			Die Verbreitung von Forschungsergebnissen bzw. deren Aufnahmen in den politischen Prozess bedarf des kontinuierlichen unterstützenden gesellschaftlichen Interesses bzw. Drucks. Mit unserer Forderung für ein Studienregister für Studien am Menschen setzen wir uns dafür ein, dass Forschungsergebnisse generell öffentlich zugänglich gemacht werden. Durch solche Zugänglichkeit kann die gesellschaftliche Kontrolle über öffentlich geförderte Forschung sichergestellt werden.		s.o.
<i>Wie soll sichergestellt werden,</i>		Die SPD-geführte Bundesre-	Hier muss die öffentliche		Wenn öffentliche Gelder zur

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
<i>dass zukünftig aussagekräftiges geschlechterdifferenziertes Datenmaterial für alle Politikbereiche zur Verfügung steht?</i>		<p>gierung hat im Juni 1999 einen intensiven Prozess zur Implementierung des Gender Mainstreaming begonnen. Sie hat sich in ihrer im Jahr 2000 geänderten Geschäftsordnung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zum Leitprinzip bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen verpflichtet (§ 2 GGO). Als ein Ergebnis dieser Verpflichtung wurde u.a. eine Arbeitshilfe entwickelt, erfolgreich erprobt und veröffentlicht, die analytische Instrumente wie z.B. geschlechterdifferenzierte Statistiken und Analysen ermöglicht (Arbeitshilfe „Gender Mainstreaming im Berichtswesen“. Geschlechterdifferenzierte und gleichstellungsorientierte Erstellung von Berichten).</p> <p>Wir haben im Wahlmanifest der SPD festgeschrieben, dass alle Arbeitsmarkt- und Arbeitslosendaten geschlechtsspezifisch zu erstellen sind, damit die jeweils geschlechterbezogenen Auswirkungen festgestellt und ausgewertet werden können.</p> <p>Wir werden sicherstellen, dass das vom Bund geförderte GenderKompetenzZentrum als anwendungsorientierte Forschungseinrichtung an der Humboldt-Universität in Berlin gestärkt wird. Ferner unterstützen wir nachdrücklich die Einrichtung eines europäischen Genderinstituts.</p>	<p>Hand als Finanzier von Forschung deutliche Anforderungen stellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen dies politisch, indem wir in der öffentlichen Debatte über Forschungspolitik empfehlen, die Dimension Geschlecht als zu berücksichtigende Größe in den Blick zu nehmen.</p>		<p>Förderung von gendersensibler Forschung zur Verfügung gestellt wird, muss darauf geachtet werden, dass dann auch noch genug Geld da ist, die Ergebnisse dieser Forschung der Öffentlichkeit und der Politik zur Verfügung zu stellen.</p> <p>In allen Verwaltungen und Politikbereichen muss das Gender Mainstreaming grundsätzlich angewandt werden. Dazu gehört alle Vorlagen zu gesetzten etc. in ihren Auswirkungen auf die Geschlechter zu betrachten, den Haushalt mittels Gender Budgeting zu betrachten um die Grundlage für gerechte Finanzentscheidungen zu bekommen (wird in Berlin bereits gemacht). Um diesen Anspruch zu erfüllen, müssen die Verwaltungen dort, wo es noch nicht geschieht, die Daten gendersensibel erheben. So wird die erforderliche Datengrundlage geschaffen.</p>

4. Prüfstein: Stärkung der Interessen von Frauen in der Umwelt- und Gesundheitspolitik und im VerbraucherInnenschutz

Aufgrund nach wie vor bestehender geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und entsprechender Rollenzuschreibungen sowie unterschiedlicher Lebensbedingungen (Stichworte: soziale Ungleichheit, Armut, Verantwortung für die nächste Generation) zeigen sich immer wieder Unterschiede zwischen Frauen und Männern hinsichtlich ihrer Erwartungen und Bedürfnisse an Umwelt-, VerbraucherInnen- und Gesundheitsschutz. Die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Bedürfnisse sowie die unterschiedliche körperliche Vulnerabilität von Frauen und Männern werden bisher in politischen Programmen und Maßnahmen nur bedingt berücksichtigt, Perspektiven von AlltagsakteurInnen (KonsumentInnen, PatientInnen, KundInnen etc.) bzw. Laienwissen werden in der Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherpolitik nur wenig einbezogen.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	DieLinke.PDS
<p>Wie sollen die Interessen und Bedürfnisse von AlltagsakteurInnen und Frauenverbänden bei der Gestaltung der Umwelt-, Gesundheits- und VerbraucherInnenpolitik aufgenommen und deren Vertretung gestärkt werden?</p>	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>Wirtschaft und Umweltschutz sind keine Gegensätze. CDU und CSU bekennen sich nachdrücklich zum Ziel der Nachhaltigkeit. Wir wollen wirtschaftliche Produktivität und gesellschaftliche Prosperität mit dem Schutz von Natur und Umwelt in Einklang bringen. Wir forcieren die Anstrengungen zum nationalen und globalen Klimaschutz. Wir wollen die Klimaschutzvereinbarungen zu einer „Kyoto-Plus-Initiative“ weiter entwickeln, in der auch die weltgrößten CO2-Produzenten sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer eingebunden sind. Mit der Gründung einer „Klima-Allianz Deutschland“ wollen wir einen generationenübergreifenden Klimaschutz fördern. In der Energiepolitik setzen wir auf einen klimaverträglichen Energiemix.</p> <p>Nach wie vor gibt es große Aufgaben beim Umwelt und Naturschutz, vor allem bei Lärmschutz und Klimaschutz. Aber Umweltschutz muss bezahlbar sein. Umweltpolitik hat dort Grenzen, wo sie Entwicklungsmöglichkeiten der</p>	<p>Ein modernes Gesundheitswesen braucht die Mitwirkung von informierten und kritischen Patientinnen und Patienten. Die Regierungskoalition hat deshalb erstmalig eine Patientenbeauftragte ernannt. Sie soll Ansprechpartnerin für alle Fragen und Nöte von Patientinnen und Patienten sein, und sie soll dafür sorgen, dass die Patientenseite im politischen Entscheidungsprozess das ihr gebührende Gewicht erhält. Zu den Aufgaben der Patientenbeauftragten gehört auch, die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Bedürfnisse von Frauen und Männern zu beachten und dafür zu sorgen, dass in der medizinischen Versorgung und Forschung geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt werden.</p> <p>Außerdem sind neben Ärztinnen und Ärzten und Krankenkassen nun auch Patientinnen und Patienten auf einer „dritten Bank“ im Gemeinsamen Bundesausschuss vertreten. Dort sind sie an allen wichtigen Entscheidungen z.B. über den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen beteiligt. Zudem wurden bundesweit Modellvorhaben zur</p>	<p>Frauenverbände und Netzwerke leisten wichtige Beiträge in der Umwelt-, Gesundheits- und VerbraucherInnenpolitik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen diese Organisationen und Netzwerke, die insbesondere vor Ort konkret tätig werden können. Über den Bundeshaushalt wird beispielsweise die bundesweite Arbeit einiger Selbsthilfeszusammenschlüsse gefördert. So wird die Beratung von PatientInnen durch die Krankenkassen (zur Zeit im Rahmen eines Modellprojektes) gefördert. Langfristig wird eine Regelförderung der unabhängigen PatientInnenberatung angestrebt. Ähnliches gilt für die Umwelt- und VerbraucherInnenpolitik.</p>	<p>Zur gender-sensiblen Gesundheitspolitik</p> <p>Frauen und Männer sind nicht nur aufgrund ihrer biologischen Unterschiede, sondern aufgrund ihrer verschiedenen Lebenszusammenhänge anders krank und gesunden anders. Immer noch gehen die Behandlungs- und Versorgungsstrukturen jedoch vom Mann als Norm aus. Dies führt zu Unter- oder Fehlversorgung bei Frauen. Der geschlechterdifferenzierende Blick in der Gesundheitspolitik ist nicht nur eine Frage der optimalen Versorgung im Sinne der Qualitätssicherung, sondern er ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Diese Erkenntnisse müssen endlich konkret Eingang in die Gesundheitspolitik finden. So muss z. B. bereits in der Ausbildung der Ärzte dieser Aspekt berücksichtigt werden. Nur eine Ärztin oder ein Arzt, die wissen, dass sich z. B. ein Herzinfarkt bei Frauen anders äußern kann als in den Lehrbüchern bislang beschrieben, können diesen Infarkt auch frühzeitig erkennen. Der geschlechterdifferenzierte Ansatz muss deshalb zum medizinischen Grundwissen gehören. Auch bei</p>	<p>Auch hier gilt für die Linkspartei.PDS das gleiche wie in Punkt 3: Wir selbst arbeiten mit Frauenverbänden sowie Umweltgruppen zusammen und können die Ergebnisse in unsere eigene Arbeit einfließen lassen. Darüber hinaus können wir uns im Bundestag und in den Landtagen dafür einsetzen, dass in Anhörungen auch die Positionen der Frauenverbände Gehör finden.</p> <p>Bei der Erstellung von Berichten, zum Beispiel auch Berichten über Frauengesundheit, sollen Vereine und Verbände stärker einbezogen werden. Bei der Frage wer an der Erstellung von Berichten und Vorlagen beteiligt wird, muss, wie in allen anderen Bereichen auch, die unterschiedliche Auswirkung auf die Geschlechter sich in der Auswahl der Vertreter und Vertreterinnen wieder finden.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	Menschen unangemessen behindert. Investitionsverhinderung durch jahrzehntelange Verfahren kann sich Deutschland nicht mehr leisten. Das werden wir bei unserer Umweltpolitik, die auf die nachhaltige Sicherung der Lebensräume angelegt ist, auch berücksichtigen.	Förderung von Einrichtungen zur Verbraucher- und Patientenberatung durchgeführt, deren Finanzierung ab 2006 in die nächste Phase treten wird. Auch hier lag bei den bisher geförderten Projekten ein inhaltlicher Schwerpunkt auf den geschlechtsspezifischen Erfordernissen.		der inhaltlichen Ausgestaltung der Disease-Management-Programme muss das berücksichtigt werden. Ohne jeden Zweifel ist es höchste Zeit, dass auch im Gesundheitswesen Führungspositionen endlich mit Frauen besetzt werden, damit sie ihre Erkenntnisse und Erfahrungen einbringen können. Auch bei der Vertretung der Interessen der Patientinnen und Patienten im Gemeinsamen Bundesausschuss müssen Frauen die spezifischen Bedürfnisse und Sichtweisen in die Arbeit einbringen können. Ihre Kompetenz muss zielgerichtet genutzt werden, um der Versorgungssituation von Frauen Rechnung zu tragen.	
<i>Wie wollen Sie sicherstellen, dass Wirtschaftspolitik nicht zu Lasten der Gesundheit der Bevölkerung / des VerbraucherInnenschutzes geht? (Lärm-schutz, Chemikaliensicherheit, Luftreinhaltung etc.)</i>	<p>CDU und CSU sind sich der Unterschiede zwischen Frauen und Männern hinsichtlich ihrer Erwartungen und Bedürfnisse an Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz bewusst. Wir werden eine verantwortungsbewusste Politik gestalten, welche diese berechtigten Bedürfnisse im Blick hat. Die Stellungnahmen der Frauenverbände sind uns in diesem Zusammenhang sehr wichtig.</p> <p>Wir brauchen nicht nur bundes-, sondern europaweit einheitliche Standards für die Lebensmittelüberwachung. Verbraucherschutz darf nicht von der jeweiligen Haushaltslage eines Landes abhängen, der Bund muss daher die Le-</p>	<p>Eine moderne, international orientierte Wirtschaftspolitik muss sich an dem Leitziel der Nachhaltigkeit orientieren. Ökologische und soziale Ziele müssen gleichermaßen einbezogen werden wie ökonomische. Nur auf dieser Grundlage dürfen zukünftig ökonomische und technische Entscheidungen getroffen werden.</p> <p>Die Luftreinhaltung- und Lärmpolitik wird immer mehr von den Vorgaben der EU-Ebene bestimmt. Wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden EU-Richtlinien zügig und konsequent umgesetzt werden. Da bei unserer Umweltpolitik der Mensch im Mittelpunkt steht, ist eine neue</p>	<p>Eine kluge Wirtschaftspolitik denkt Verbraucherschutz mit. Denn nur mit Verbrauchervertrauen und einer guten Verbraucherinformation sind Märkte zu gewinnen und zu halten. Vorausschauende Firmen haben längst erkannt, dass deutsche Produktion am Weltmarkt nur durch die Einhaltung hoher Sozial-, Umwelt- und Qualitätsstandards bestehen kann. Billig können andere besser.</p> <p>Wir haben mit Renate Künast die Verbraucherpolitik erstmals in den Focus der Bundespolitik gestellt. Gesundheitlicher Verbraucherschutz – Lebensmittelsicherheit, saubere Luft, sichere Chemikalien und Produkte, Schutz vor</p>	<p><u>Zur gesunden Ernährung und Verbraucherinformation</u></p> <p>Die Verbraucherpolitik ist ein zentraler Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Insbesondere im Gesundheitsbereich steht dieses Politikfeld im Fokus des Interesses. Für die FDP ist klar: Die Wettbewerbspolitik ist die effektivste Form der Verbraucherpolitik, wenn es darum geht, den Verbrauchern erst einmal die Wahl unter Alternativen zu verschaffen. Diese Frage stellt sich insbesondere in der Telekommunikation, im Briefdienst, in der Energieversorgung und im Personenverkehr</p>	<p>Die Linkspartei.PDS setzt sich in allen Bereichen für einen stärkeren Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ein. Das heißt z.B., dass wir die Resolution der Frauen aus Naturwissenschaft und Technik für ein starkes REACH unterstützen, demzufolge die Verwendung von Chemikalien besser kontrolliert und solche verwendet werden sollen, die nachweislich unbedenklich sind. Die Chemikalienverordnung der Europäischen Kommission (REACH = Registration and Authorisation of Chemicals) muss wesentlich stärker die Interessen insbesondere auch von Frauen berücksichtigen, indem z.B. Stoffe, die in das Hormonsystem</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	<p>der Bund muss daher die Lebensmittelkontrollen der Länder stärker koordinieren. Ein einheitliches Durchführungsrecht und bessere Koordination und Kommunikation zwischen Bund und Ländern sowie Bund und EU ist insbesondere notwendig, da nationales Vorgehen und fehlende Abstimmung zwischen Ländern und Bund nur Scheinsicherheit gibt. Lebensmittelsicherheit und -Qualität dürfen und können im EU-Binnenmarkt nicht im nationalen Alleingang geregelt werden. Eine Verbesserung ist nur möglich, wenn Deutschland sich dafür einsetzt, dass Produkt- und Prozessstandards auf hohem Niveau international verankert werden und die Einhaltung dieser Standards kontrolliert wird. Dies gilt es im Rahmen der weiteren Verhandlungen der Welthandelsorganisation abzusichern. CDU und CSU werden sich in diesem Sinne für einen verbesserten Verbraucherschutz einsetzen.</p>	<p>punkt steht, ist eine neue Qualität von Wachstum notwendig, denn pfleglicher und schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist nicht nur ökologisch zukunftsfähig, sondern auch wirtschaftlich ertragreich. Der Schutz der nicht erneuerbaren Ressourcen wie Natur, Böden, sauberes Wasser und Luft bleibt im Mittelpunkt unserer Umweltpolitik, die wie die Wirtschaftspolitik Teil unserer Gesamtpolitik ist. Unsere Vorstellungen, wie ökologische Modernisierung und Innovationen gemeinsam auf Kurs in die Zukunft gehen können, haben wir in unserer Umwelt-Agenda 2010 vom Mai 2004 dargestellt.</p> <p>Wichtige Herausforderung für die Zukunft bleibt der Schutz der menschlichen Gesundheit, insbesondere von Kindern. Umweltbedingte Belastungen fügen der Gesundheit häufig Schäden zu, die schleichend sind und deren Ursachen nicht direkt und sofort erkannt werden. Erste Erfolge haben wir mit der Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, aber auch mit einer erfolgreichen Luftreinhaltung und der Vorsorge gegen gesundheitliche Belastungen durch Chemie, Lärm und Strahlung, dem Schutz des nationalen Naturerbes, einer modernen Abfallpolitik und einer auch international anerkannten Klimaschutzpoli-</p>	<p>und Produkte, Schutz vor Lärm, aber auch der Schutz der VerbraucherInnen vor Abzocke und wirtschaftlichen Nachteilen sind ein grünes Grundanliegen für das wir kämpfen.</p> <p>Das heißt für uns neben einer umfassenden Umweltpolitik, wo wir u.a. mit neuen Lärmschutz- und Luftreinhaltegesetzen erfolgreich waren und die neue EU-Politik für eine bessere Überprüfung der Chemikalien unterstützen, insbesondere auch aktive Verbraucherschutzpolitik. Erste Erfolge konnten wir mit dem umfangreichen Maßnahmenpaket zur BSE-Bekämpfung, mit der Einführung des Verbraucherministeriums, neuen Strukturen zur Risikobewertung und zum Risikomanagement, mit der Agrarwende, mit dem Gentechnikgesetz, einem neuen Lebens- und Futtermittelgesetzbuch und vielen Einzelmaßnahmen beim wirtschaftlichen Verbraucherschutz verbuchen. Andere Vorhaben wie das Fluglärmschutzgesetz wurden von der SPD verzögert oder wie das Verbraucherinformationsgesetz von CDU/CSU/FDP – denen es mehr um den Schutz der Wirtschaft vor den VerbraucherInnen im Bundesrat verhindert.</p> <p>Jetzt wird es darum gehen, diese Errungenschaften gegen den angekündigten Frontalangriff von schwarz-gelb zu verteidigen und auszubauen.</p>	<p>auf der Schiene. Das Urteilsvermögen informierter Verbraucherinnen und Verbraucher, Transparenz und Produktvielfalt leisten einen entscheidenden Beitrag zu einem effektiven Verbraucherschutz. Sachliche Information, Aufklärung und Wettbewerb sind die wesentlichen Elemente der Verbraucherpolitik. Der von der Bundesregierung eingeschlagene Kurs der einseitigen politischen Steuerung des Konsums z. B. durch Sondersteuern ist zu beenden und zu korrigieren. Er führt zu einer Bevormundung der Verbraucher und einer zusätzlichen Bürokratisierung des Wirtschaftslebens, die die Unternehmen mit weiteren Kosten belastet. Dirigistische Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen, wie z.B. Werbeverbote, sind abzulehnen. Selbstverpflichtungen der Industrie sind zu begrüßen. Voraussetzung für einen wirksamen Verbraucherschutz ist, dass vielfältige Informationen zur Verfügung stehen.</p> <p>Der Konsument ist nicht nur schutzbedürftiges Objekt der Verbraucherpolitik. Als Nachfrager ist er auch Akteur in der Nachhaltigkeitspolitik. Seine Verantwortung muss er selbst durch die Präferenz für umweltfreundliche Produktalternativen offenbaren. Die Anbieter werden sich daran orientieren. Die Politik und Verbraucherverbände haben</p>	<p>tem eingreifen, als besonders gefährlich eingestuft werden. Das gleiche gilt für die Bereiche Lärmschutz und Luftreinhaltung. Auch hier müssen Fraueninteressen und Auswirkungen auf Frauen stärker berücksichtigt werden.</p> <p>Wirtschaftspolitik dient in den Augen der Linkspartei.PDS zuerst den Menschen – dazu gehört die Schaffung von Arbeitsplätzen, dazu gehört aber genauso der Schutz von Gesundheit, Umwelt und Verbraucherinteressen. Statt umwelt- und gesundheits-schädliche Zweige weiter zu fördern soll der Schwerpunkt auf moderne, nachhaltige Entwicklungspfade gesetzt werden. Die Gesundheitswirtschaft bietet zudem ein großes Entwicklungspotenzial.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>tik erreicht.</p> <p>Die SPD unterstützt ausdrücklich die Ziele des von der EU vorgelegten Gesetzes zur besseren Kontrolle von Chemikalien. Unser Ziel ist es, das neue REACH-System (Registration, Evaluation and Authorization of Chemicals - Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe) als Chance zur Verbesserung des Schutzniveaus für Mensch und Umwelt zu nutzen. Gleichzeitig sehen wir darin Chancen für die europäische Industrie, durch qualifiziertes Wissen und den vorhandenen Technologievorsprung, Wettbewerbsvorteile herauszuarbeiten. Generell wollen wir für Produktion und Produkte ein ökologisches Design. Produkte sollen gesundheitsverträglich, langlebig, wieder verwendbar, recyclingfähig und schadlos zu beseitigen sein.</p> <p>Um REACH zu einem Erfolg für die Industrie, für Verbraucherinnen und Verbraucher und die Umwelt zu machen, brauchen wir handhabbare Regeln, die weder zu überbordender Bürokratie noch zu einem Übermaß an Kennzeichnungen und verwirrenden Informationen führen. Überflüssige Versuche und Tests müssen vermieden werden. Wir Sozialdemokraten werden uns konstruktiv an der Formulierung der Verordnung beteiligen und helfen, eine gute Balance aller Interessen zu finden.</p>		<p>die Aufgabe, dem Verbraucher klar zu machen, seiner eigenen Verantwortung gerecht zu werden. Weitere Interessenvertretungen z.B. durch andere Einrichtungen oder durch Gruppierungen, die ausschließlich geschlechtsspezifische Interessen vertreten, werden von der FDP abgelehnt.</p>	

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>Die SPD-geführte Bundesregierung hat sich für einen verbesserten Schutz vor Lärm an Bundesstraßen und Autobahnen engagiert: Die Haushaltsansätze 2003 und 2004 wurden um je rund 11 Mio. Euro erhöht. Dies entspricht einer Erhöhung um 200 %. Durch diese Erhöhung konnten aktive Maßnahmen des Lärmschutzes wie der Bau von Lärmschutzwänden realisiert werden, um das Wohnumfeld besser zu schützen. Darüber hinaus haben wir das Lärmsanierungsprogramm an Schienenwegen in den vergangenen Jahren konsequent fortgesetzt sowie lärmbezogene Start- und Landegebühen für Flugzeuge eingeführt. Ein Gesetz, das die EU-Lärmrichtlinie umsetzt und das eine Aufstellung von strategischen Lärmkarten und verbindlichen Lärmminde-rungsplänen einschließt ist im Bundesrat an der Blockadepolitik von CDU/CSU gescheitert.</p> <p>Seit dem 1. Januar 2005 gelten neue Grenzwerte für die Belastung der Luft mit Feinstaub-Partikeln. Die SPD-geführte Bundesregierung fordert bereits seit 1999 eine Verschärfung der Abgasgrenzwerte für Diesel-Pkw und kleine Nutzfahrzeuge und hat sich gemeinsam mit Frankreich im Frühjahr 2003 erneut für eine verschärfte EURO-5-Norm (Abgasgrenzwerte für Partikel) auf europäischer E-</p>			

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>bene eingesetzt. Inzwischen hat die EU-Kommission neue Werte für die nächste Abgasstufe, die ab 2010 gelten wird, vorgeschlagen und es damit der SPD-geführten Bundesregierung ermöglicht, zu Beginn dieses Jahres einen Vorschlag zur steuerlichen Förderung von Partikelfiltern bei Dieselfahrzeugen vorzulegen. Dieser soll den Einbau von Russpartikelfiltern möglichst zügig voranbringen. Dieser Vorschlag muss nun auf Länderebene eine Mehrheit finden.</p> <p>Gemeinsam mit der Festsetzung von Grenzwerten für die Luftbelastung sieht die EU-Richtlinie die Erstellung von verbindlichen Luftreinhalte- und Aktionsplänen vor, die konkrete Maßnahmen enthalten, um die Reinheit der Luft dauerhaft zu erhalten oder bei Gefahr der Grenzwertüberschreitung zu verbessern. Die Erstellung dieser Pläne ist Aufgabe der Länder (Landesumweltämter), die Umsetzung ist Pflicht der Kommunen bzw. Bezirks- und Regionalregierungen.</p> <p>Luftreinhaltepläne liegen in vielen Kommunen vor. Sie sehen überwiegend mittelfristige Maßnahmen – wie z.B. Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – vor, die im Moment jedoch nicht helfen, die jetzigen Grenzwertüberschreitungen kurzfristig zu mindern.</p>			

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>Dennoch: Die Fortschreibung und konsequente Umsetzung dieser mittel- und langfristigen Konzepte zur Vermeidung von unnötigem Verkehr, zur Reduzierung von Schadstoffen durch effiziente Motoren und Filtertechniken und technische Innovationen zur Luftreinhaltung in der Industrie sind eine zentrale Antwort auf die aktuellen Messergebnisse.</p> <p>Wir als SPD möchten möglichst gemeinsam mit Wirtschaft, Politik und Verbrauchern zu einer für alle guten Lösung kommen.</p> <p>Die SPD-geführte Bundesregierung hat bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der großräumigen Belastungen durch Feinstaub initiiert. Dazu gehören zum einen die Novelle der Großfeuerungsanlagenverordnung und der TA Luft, aber auch</p> <p>z. B. die Einrichtung eines Förderschwerpunktes für partikel- und stickstoffarme Nutzfahrzeuge im ERP-Umweltprogramm bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)</p> <p>oder die steuerliche Förderung von alternativen, emissionsarmen Kraftstoffen.</p> <p>Die Länder müssen auf der Basis des von der SPD-geführten Bundesregierung vorgelegten Vorschlags zur steuerlichen Förderung von Dieselmotoren zügig zu ei-</p>			

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>nem Beschluss kommen.</p> <p>Die Autoindustrie ist gefordert, neue Dieselfahrzeuge serienmäßig mit einem Filter auszustatten und die preiswerte Nachrüstung von allen Dieselfahrzeugen mit Russfilter zu ermöglichen.</p> <p>Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher sind aufgefordert, bei der Wahl ihres Fahrzeuges auf gute Abgaswerte und moderne Filtertechnik zu achten.</p> <p>Industrie und Wirtschaft müssen in allen Bereichen durch Investitionen in innovative Techniken ihre Verantwortung für eine ökologische Modernisierung unserer Volkswirtschaft wahrnehmen.</p>			
<p><i>Welche Maßnahmen sollen hinsichtlich der Unterstützung einer gesundheitsförderlichen Ernährung, zur Kompetenzstärkung und zur Information der Bevölkerung über gesundheitsgefährdende Produkte unternommen werden?</i></p>		<p>Neben der Stärkung der Patientinnen- und Patientenrechte ist es vordringlich, die präventiven Anstrengungen zu verstärken. Die Bundesregierung hat dazu gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN den Entwurf für ein Präventionsgesetz erarbeitet und eingebracht.</p> <p>Prävention kann in Zukunft helfen, dass die Menschen länger gesund bleiben, dass ihre Lebensqualität auch bei chronischen Krankheiten so weit es geht erhalten bleibt, dass sich Kinder besser ernähren und mehr bewegen und dass die Sozialversicherungen - und damit die Beitragszahler</p>	<p>Die GRÜNEN haben als erste Partei den politischen Handlungsbedarf bei Fehlernährung erkannt und Fragen von gesunder Ernährung und Gesundheitsprävention ins Zentrum der Politik geholt. Nach der Wende in der Agrar- und der Verbraucherpolitik unterstützen wir deshalb in der Ernährungspolitik den Ansatz der Weltgesundheitsorganisation für eine nationale Strategie gegen Fehlernährung.</p> <p>Wir setzen uns für alle gesundheitsfördernden und nachhaltigen Maßnahmen für eine gesunde und genussvolle Ernährung ein. Mit Kampagnen wie „Kinderleicht. Besser Essen. Mehr bewegen.“ oder</p>		<p>Die Linkspartei.PDS setzt sich für einen umfassenderen Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ein, indem z.B. alle Inhaltsstoffe, die in Lebensmitteln enthalten sind, deklariert werden müssen. Es darf keine Grenzwerte mehr geben, unterhalb derer Zusatzstoffe verschwiegen werden dürfen.</p> <p>Wir setzen uns für eine bessere Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Landwirtschaft und Ernährung ein. Dazu gehört auch, dass eine gesunde Ernährung an Kitas und Schulen anzustreben ist und dass die entsprechenden Informationen für Kinder und Jugendliche zu-</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>- vermeidbare Kosten einsparen können.</p> <p>Das Präventionsgesetz schafft dazu die Möglichkeiten. Vor allem können wir durch den Ansatz der Prävention und Gesundheitsförderung in Lebenswelten jetzt auch die gesundheitlich besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen erreichen, die sich bisher nicht von selber für Prävention und die Förderung ihrer Gesundheit interessiert haben. Es ist erwiesen, dass das Gesundheitsbewusstsein und das Interesse an Prävention bei Menschen mit höherer Bildung, besserer beruflicher Stellung und höherem Einkommen stärker ausgeprägt ist, gleichzeitig aber die gesundheitlichen Risiken bei den Angehörigen der unteren sozialen Schichten größer sind. Sie erkranken häufiger und schwerer und sie haben eine geringere Lebenserwartung. Das Präventionsgesetz schafft die Möglichkeit in Kindergärten, Schulen, Betrieben und in den Wohnquartieren anzusetzen. So können wir endlich alle Menschen erreichen, ohne dass soziale Unterschiede bei den Präventionsangeboten eine Rolle spielen.</p> <p>Dazu gehört aber auch ein wirksames Verbraucherinformationsgesetz.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein. Eine aktive Verbraucherpolitik ist</p>	<p>der Plattform „Ernährung und Bewegung“ unterstützen wir entsprechende Anstrengungen, die gesellschaftlich breit getragen werden und zur überfälligen Bewusstseinsbildung beitragen. Wir fördern Aufklärung und Bildungsangebote für gesunde Ernährung. Für Kinder und Jugendliche wurden die Aktionen „Fit Kid“, „Talking Food“ und „Fünf am Tag“ entwickelt. Außerdem gibt es eine Kinderleicht-Tour, Wettbewerbe für Schulen und vieles mehr. Die Mittel für Ernährungsaufklärung haben wir auf 6,85 Mio. Euro aufgestockt.</p> <p>Gerade mit dem Thema gesunde Ernährung wird ein Thema bearbeitet, das viele Frauen beschäftigt. Das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt „Ernährungswende“ stellt dabei besonders den bisher vernachlässigten Alltag von KonsumentInnen zentral in den Mittelpunkt. Frauen sind häufig an gesundheitsbezogenem Themen interessiert und wünschen umfassende Informationen. An einer Verankerung des Rechts auf Information in einem Verbraucherinformationsgesetz und der Stärkung der Verbrauchervertretung durch ein Verbandsklagerecht halten wir fest, auch wenn CDU/CSU/FDP diese bereits zweimal im Bundesrat verhindert haben. Behörden sollen das Recht erhalten,</p>		<p>gänglich gemacht werden. Kinder sollen Spaß am Essen haben und sie sollen sich gesund ernähren können. Das ist aber nicht selten auch eine Frage des zur Verfügung stehenden Familieneinkommens. Wenn – wie derzeit in Thüringen – der Landeszuschuss für das Essen in Kitas gestrichen wird, haben gerade Familien mit einem geringen Einkommen noch weniger Geld zur Verfügung, um gesunde Lebensmittel einkaufen zu können.</p> <p>Gerade hinsichtlich einer gesunden Ernährung sind hier insbesondere zwei Bereiche zu nennen, in denen wichtige Änderungen anstehen:</p> <p>Die Einkommenssituation vieler Familien muss verbessert werden. Hierzu haben wir zahlreiche Vorschläge, die von einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung über die Einführung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) zur Vermehrung der Arbeitsplätze bis hin zu einer veränderten Steuerpolitik reichen, die streng nach der individuellen Leistungsfähigkeit ausgerichtet ist und einkommensschwächere Familien entlastet.</p> <p>Die Produktion gesunder Lebensmittel muss stärker gefördert werden. Hier müssen Gelder, die bislang in Massentierhaltung und Großprodukt-</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>für uns eine gezielte Ausstattung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit Informationen und guter Beratung sowie die Einhaltung von Standards und die Durchsetzung von Konsumentenrechten. Eine umfassende, unabhängige und flächendeckende Interessenvertretung der Verbraucherinnen und Verbraucher als Gegenstück zur Macht der Anbieter ist hierbei von besonderer Bedeutung. Verbraucherverbände und -zentralen können dies leisten und müssen deswegen trotz einer angespannten Haushaltslage in Bund und Ländern erhalten bleiben.</p>	<p>marktrelevante Vorkommnisse zu unterrichten und zwar mit Nennung des Produktherstellers und des Produktes. GRÜNE Verbraucherpolitik steht klar für Transparenz und Information, Risikovorsorge und Gesundheitsschutz.</p>		<p>tion fließen so umgelenkt werden, dass Ökoprodukte bezahlbarer werden.</p>

5. Prüfstein: Energiepolitik und Klimaschutzpolitik gerecht und ohne Risiken gestalten

Energie- und Klimaschutzpolitik sind auch aus der Geschlechterperspektive hoch relevant. So zeigen vorhandene Untersuchungen deutlich die Ablehnung der Atomenergienutzung durch Frauen, die eng verbunden ist mit ihrem höheren Risiko- und Gesundheitsbewusstsein. Ebenso fordern Frauen eine Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz – unabhängig davon, wie weit die EU beim Klimaschutz geht. Auf der anderen Seite ist der Anteil von Frauen in technisch dominierten Arbeitsfeldern wie dem Energiebereich auch im internationalen Vergleich extrem niedrig, so dass sie weder die Energieplanung und –politik beeinflussen, noch von den z.B. im Bereich erneuerbarer Energien entstehenden Arbeitsplätzen profitieren.

Kaum ein anderer Umweltbereich zeigt so direkt die globalen Auswirkungen umweltschädigenden Verhaltens wie der Klimaschutz – es zeigt sich bereits heute, dass Frauen in den ärmeren Regionen der Welt die Leidtragenden sind. Wir fordern deshalb eine Nord-Süd und geschlechtergerechte Energie- und Klimaschutzpolitik, die die Interessen von Frauen zentral berücksichtigt.

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
<i>Wie werden die Interessen von Frauen in der von Ihnen geplanten Energie- und Klimaschutzpolitik berücksichtigt?</i>	<p><i>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</i></p> <p>CDU und CSU forcieren wie bereits oben dargestellt die Anstrengungen zum nationalen und globalen Klimaschutz. Wir wollen eine Energiepolitik mit Vernunft und Augenmaß. Ohne Kernenergie aber ist eine globale Lösung der CO2-Problematik derzeit undenkbar. Mit Wind- und Solarenergie allein sind der drastisch steigende Energiebedarf und die weltweiten Klimaziele nicht in Einklang zu bringen. Wir brauchen daher die Kernkraft auch in Deutschland und stellen die Weichen für eine geordnete Entsorgung. Die Betriebsdauer der deutschen Kernkraftwerke wird sich ausschließlich an der Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus jeder Anlage orientieren. Der Bau neuer Kernkraftwerke ist nicht geplant. Die Probleme durch den globalen Klimawandel werden immer drängender. Die Milderung des lebensbedrohenden Klimawandels stellt deshalb die größte Herausforderung für die Umwelt- und Klima-</p>	<p>In unserer Energie- und Klimaschutzpolitik sind die Interessen von Frauen <u>und</u> Männern gleichberechtigt berücksichtigt.</p>	<p>Zu allererst wollen wir die Zahl der Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft insgesamt deutlich steigern. Hier ist unser Ansatz einer dezentralen, innovationsorientierten Energiepolitik, die auf viele Akteure und nicht wenige Großunternehmen setzt, der richtige Weg. Erneuerbare Energien sind deutlich beschäftigungsintensiver als Großtechnologien wie die Atomkraft. In wenigen Jahren haben wir die Zahl der Arbeitsplätze bei den Erneuerbaren Energien auf etwa 130.000 erhöht – das sind schon heute mehr Arbeitsplätze als in den Bereichen Atomenergie und Kohle zusammen. Deswegen wollen wir auch keine Laufzeitverlängerung von AKW, weil dadurch Investitionen in Erneuerbare Energien und andere moderne Klimaschutztechnologien über Jahre hinweg verhindert würden. Das wäre auch ein enormer Rückschritt für neue Arbeitsplätze. Wir wollen, dass mehr Frauen in technischen Berufen arbeiten. Wenn unsere Maßnahmen zur Teilnahme von mehr Frauen an der Ausbildung auch in tech-</p>	<p><u>Zur Energiepolitik</u></p> <p>Die FDP begrüßt Maßnahmen, die den Anteil der Frauen in der Energiewirtschaft nachhaltig steigern. Das gilt insbesondere für Führungspositionen, da hier ein sehr großer Nachholbedarf besteht und Frauen in Führungspositionen - nicht zuletzt auch auf Grund ihrer Vorbildfunktion - andere bzw. weitere Frauen nachziehen. Dabei setzt die FDP auf Freiwilligkeit. Europäische Gleichstellungsprogramme, an denen auch deutsche Unternehmen mitwirken, zeigen erste Erfolge. Große Versorgungsunternehmen haben die Steigerung des Frauenanteils als integralen Bestandteil ihrer Unternehmenspolitik integriert und stoßen dabei weitestgehend auf ein positives Echo in ihrer Belegschaft. Jetzt geht es aber auch darum, kleinere Unternehmen zu einer engagierten Personalpolitik im Interesse von Frauen zu gewinnen. Dabei sind starre Vorgaben eher hinderlich. Entscheidend sind auch hier maßgeschneiderte Maßnahmen, die flexibel auf die individuellen Interessen der Frau-</p>	<p>Vgl. Antwort zu Frage vier des 2. Prüfsteins und auf die ersten drei Fragen des 3. Prüfsteins (Berücksichtigung der Positionen bei unserer eigenen Politik).</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	<p>schutzpolitik der kommenden Jahrzehnte dar. CDU und CSU wollen deshalb die Anstrengungen zum nationalen und globalen Klimaschutz weiter forcieren. Wir wollen die Klimaschutzvereinbarungen zu einer Kyoto-Plus-Initiative weiterentwickeln, in der auch die weltgrößten CO2-Produzenten sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer eingebunden sind. Mit der Gründung einer "Klima-Allianz Deutschland" wollen wir einen generationenübergreifenden Klimaschutz fördern.</p> <p>Wir setzen Schwerpunkte beim sparsamen und effizienten Umgang mit Energie. Insbesondere in der Altbausanierung liegen ungenutzte und hochwirtschaftliche Potenziale rationeller Energienutzung. Um diese wichtigen Potenziale heben zu können, wollen wir bestehende Anreize marktwirtschaftlich weiterentwickeln und in ein unbürokratisches und technologieoffenes Marktanzreizprogramm "energetische Sanierung im Gebäudebereich" überführen. Dadurch kann ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes im Bereich der Haushalte geleistet werden. Im Verkehrsbereich setzen wir zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes auf eine Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs, die Entwicklung und den Einsatz neuer Antriebstechniken</p>		<p>beitsleben insgesamt (s.o.) greifen, werden auch diese Jobs eine große Chance für Frauen sein.</p> <p>Insgesamt gilt: Je dezentraler und verbrauchernäher eine Technologie ist, desto mehr werden in der Regel die Interessen der Frauen – insbesondere als Nutzerinnen – berücksichtigt. Dezentrale Energieversorgung ist daher auch Frauenpolitik – insbesondere in den armen Ländern des Südens.</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich als einzige Partei vehement für mehr Klimaschutz ein. Einiges haben wir schon erreicht, viel muss noch getan werden. Das ist insbesondere nötig, um die Folgen in den armen Regionen der Welt in Grenzen zu halten und den Menschen dort künftig ein Auskommen und Leben zu ermöglichen. Insbesondere müssen die Voraussetzungen für die Landwirtschaft, die in vielen Teilen der Erde von Frauen getragen wird, erhalten bleiben.</p>	<p>en in den jeweiligen Unternehmen eingehen.</p>	

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	<p>und alternative Kraftstoffe.</p> <p>Im Bereich der Bioenergie liegen große industriepolitische Chancen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn deutsche Unternehmen gehören hier zur Weltspitze. Wenn es gelingt, die Position dieser Unternehmen auf den Weltmärkten zu stärken, wenn neue Märkte erschlossen werden, dann wird sich dies auch positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Insbesondere für den deutschen Mittelstand liegen hierin große Chancen und Potenziale. Aus diesem Grund hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, die Rahmenbedingungen für den Export erneuerbarer Energien zu verbessern.</p>				
<p><i>Mit welchen Maßnahmen und Instrumenten wollen Sie den Anteil von Frauen auf dem Energearbeitsmarkt verbessern?</i></p>	<p>Im Regierungsprogramm „Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit.“ haben CDU und CSU den Schwerpunkt „Vorfahrt für Arbeit“ gesetzt. Das größte Problem in Deutschland ist die Massenarbeitslosigkeit. Für uns hat das Vorfahrt, was neue Arbeitsplätze bringt oder vorhandene Arbeitsplätze sichert. Jede Maßnahme werden wir daran messen. Denn: Sozial ist, was Arbeit schafft. Und mehr Arbeit braucht neues Wachstum. CDU und CSU sagen deshalb „Vorfahrt für Ar-</p>	<p>Der Energearbeitsmarkt funktioniert nicht anders als andere Branchen. Demzufolge ist es nicht gerechtfertigt, den Energearbeitsmarkt in besonderer Weise zu behandeln.</p> <p>Auch für diesen Bereich gilt: Wir wollen die Anstrengungen verstärken, das Berufswahlspektrum für Frauen zu erweitern, insbesondere in der IT-Branche und in technischen Berufen, und junge Frauen mit Hochschulreife für naturwissenschaftliche und technische Studiengänge gewinnen.</p>			<p>Vgl. Antwort zu Frage eins und zwei des 2. Prüfsteins (Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft)</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	<p>beit" durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>die Senkung der Sozialabgaben.</u> Wir werden die Höhe der Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bereits zum 1. Januar 2006 senken, indem wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte auf 4,5 Prozent reduzieren. Das heißt: 1 Prozentpunkt Entlastung für jeden Arbeitnehmer. 1 Prozentpunkt Entlastung bezogen auf den Bruttolohn bedeutet, dass der durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer ab 1. Januar 2006 1,6 Prozent mehr Nettolohn in der Tasche hat. Deshalb überzeugt es, wenn wir für diese Entlastung die Mehrwertsteuer um 2 Prozent auf 18 Prozent erhöhen. Dabei ist wichtig: Wir wahren die soziale Balance. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz, der zum Beispiel für Lebensmittel, den öffentlichen Personennahverkehr, Zeitungen und Bücher erhoben wird, bleibt nämlich unverändert bei 7 Prozent. Eine Mehrwertsteuer für die Wohnungsmieten von Privatpersonen gab es nie und wird es mit CDU und CSU auch nicht geben. Unser Vorschlag ist sozial und gerecht. • <u>die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.</u> Wir werden den Arbeitsmarkt durch die Durchsetzung betrieblicher Bündnisse für Arbeit, durch die Einführung von Kombi-Lohnmodellen sowie durch den Abbau von Einstellungs- 	<p>Auch durch die Fortentwicklung der Angebote zur Verbreiterung des Berufswahlspektrums von Frauen wollen wir für mehr Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft sorgen.</p>			

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	<p>hindernissen für Arbeitssuchende durch einen flexibleren Kündigungsschutz für Neueinstellungen beweglicher machen. Der Kündigungsschutz für bestehende Beschäftigungsverhältnisse bleibt unberührt und wird von CDU und CSU verteidigt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>eine Steuerreform</u>. Wir beleben die Wachstumskräfte in Deutschland durch eine Steuerreform zum 1. Januar 2007. Die Eckpunkte für die Steuerreform dabei sind: einfacher, niedriger und gerechter. Dafür senken wir den Eingangsteuersatz auf 12 Prozent und den Spitzensteuersatz auf 39 Prozent. Durch die Abschaffung zahlreicher Ausnahmetatbestände sorgen wir dafür, dass die Steuersätze auch tatsächlich bezahlt werden. Im Gegensatz zur SPD, die auf eine populistische „Reichensteuer“ setzt werden wir im Bereich der Spitzeneinkommen tatsächlich zu mehr Steuereinnahmen kommen. • <u>Bürokratiebefreiung</u>. Wir befreien Konsumenten und Investoren von der Erfüllung überflüssiger bürokratischer Pflichten. Wir werden die Dokumentations- und Nachweispflichten auf das absolut Notwendige zurückführen. <p>Mit diesen Maßnahmen und Instrumenten werden neue Arbeitsplätze entstehen. Auf diesem Weg kann der Anteil von Frauen auf dem Energie-</p>				

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	arbeitsmarkt grundlegend verbessert werden.				
<i>Wie wird die Partizipation von Frauen und ihrer Vertretungen bei Programmplanungen und nationalen wie internationalen Klimaschutzverhandlungen sichergestellt?</i>		Sobald Frauen sich druckvoll engagieren und z.B. an der nationalen und internationalen Klimaschutzpolitik teilhaben wollen und sich mit den entsprechenden Qualifikationen darum bewerben, ist die Partizipation sichergestellt.	Auch wenn der Klimawandel als gewaltiges globales Problem die gesamte Weltgemeinschaft und damit alle Lebewesen, alle Völker und beide Geschlechter gleichzeitig – wenn auch nicht gleich stark – betrifft, so zeigen wissenschaftliche Studien auch deutlich, dass die Folgen des Klimawandels und damit Klimaschutz nicht geschlechtsneutral sind. In den Ländern des Südens führen die Folgen der Klimaveränderung zu einem erhöhten Zeitaufwand für die Nahrungsmittel- und Energiebeschaffung und dies direkt zu einer Verminderung der Möglichkeiten für die Einkommenssicherung von Frauen. Aber auch in unseren Breiten gibt es spürbare geschlechtsspezifische Unterschiede: So war z.B. die Mortalitätsrate von Frauen aller Altersstufen in den heißen Sommern der letzten Jahre höher als die der Männer. Die Risikowahrnehmung von Frauen und Männer – auch bezogen auf den Klimawandel – ist unterschiedlich: Frauen haben eine höhere Risikosensibilität und es gibt unterschiedliche Einschätzungen von Erfolgsmodellen bei Frauen und bei Männern. Frauen sind von der Bedeutung und Dringlichkeit persönlicher Verhaltensänderungen eher als Männer überzeugt und		Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine paritätische Beteiligung von Frauen in den entsprechenden Gremien ein.

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			<p>passen ihr Verhalten entsprechend an.</p> <p>Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse gilt es bei der Implementierung von klima- und energiepolitischen Maßnahmen und Gesetzesvorhaben so gut wie möglich zu berücksichtigen. Dies betrifft allerdings weniger die konkrete Ausgestaltung einzelner Instrumente wie dem EEG, dem Emissionshandel oder der Ökosteuern. Gesetzestechnisch sind derartige Klimaschutzinstrumente in der Regel geschlechtsneutral. Geschlechtsspezifische Unterschiede und geschlechtersensible Daten und Erfahrungen können und müssen vielmehr auf unterschiedliche Weise nachhaltig genutzt werden: bei Forschungsprojekten, bei Informations- und Werbekampagnen, in Ministerien und Behörden, bei der Besetzung von Gremien und Ausschüssen, bei der Durchführung von Maßnahmen. Dafür haben wir uns in den letzten Jahren eingesetzt und werden es auch in der Zukunft tun.</p> <p>So hat das Bundesumweltministerium ein Pilotprojekt "Gleichstellung von Frauen und Männern im Strahlenschutzrecht" durchgeführt, ein Projektteam für die Begleitung der Umsetzung des Gender Mainstreaming gebildet und das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) mit der Entwicklung ei-</p>		

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			<p>nes sog. Gender Impact Assessments (GIA) beauftragt, einem Instrument zur systematischen Prüfung und Folgenabschätzung der Auswirkungen von politischen Maßnahmen und von alltäglichem Verwaltungshandeln auf Frauen und Männer sowie auf Geschlechterverhältnisse. Von der Idee her ist das GIA vergleichbar mit der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Bei allen politischen Aktivitäten - insbesondere bei Rechtssetzungsakten - soll die Prüfung der Auswirkungen auf die Geschlechter integraler Bestandteil des Verfahrens sein. Zentrales Ergebnis des ISOE-Projektes und elementarer Bestandteil des Prüfverfahrens ist eine GIA-Checkliste.</p>		
<p><i>Erkennen Sie das Verursacherprinzip beim Klimaschutz als richtig an und wie wird dem bei zukünftigen Maßnahmen zum Klimaschutz im Verkehrs- und Haushaltsbereich Rechnung getragen?</i></p>		<p>Das Verursacherprinzip ist ein wichtiges und langjähriges Anliegen der SPD. So wie beim Prinzip „Ökosteuer“ hat jeder und jede unabhängig vom Geschlecht die Möglichkeit, Treibhausgasemissionen durch entsprechendes Verhalten (Energieeinsparung) zu vermeiden oder bei energieverwendendem Verhalten höhere Preise oder sonstige ausgleichende Leistungen in Kauf zu nehmen. Dieses Prinzip werden wir weiter verfolgen.</p>	<p>Das Verursacherprinzip ist integrales Leitmotiv unserer Umwelt-, Energie- und Klimapolitik. Die Verantwortung zur Vermeidung und Beseitigung von Umweltschäden liegt in allererster Linie bei den Verursachern. Dies gilt für Staaten (Verantwortung der Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels) ebenso wie für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger. An diesem Leitgedanken orientiert sich unsere Politik. Zentrale Instrumente für die Bereiche Verkehr und Haushalte sind dabei die Ökosteuer, die jedem Verbraucher/Verursacher einen direk-</p>		<p>Die Linkspartei.PDS erkennt das Verursacherprinzip als richtig an. Wir fordern, dass es in die entsprechenden Gesetze und Rechtsverordnungen integriert wird.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			<p>ten finanziellen Ausgleich abverlangt und damit dem schützenswerten Gut Umwelt einen Preis gibt – nach dem Motto „Die Preise sollen die ökologische Wahrheit sprechen“-, und die Lkw-Maut, die den Hauptverursachern verkehrsbedingter Umweltschäden, dem Straßengüterverkehr, eine zusätzliche finanzielle Belastung auferlegt. Auch der Emissionshandel ist ein Instrument, das beim Verursacher ansetzt.</p>		

6. Prüfstein: Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge

Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen geht häufig zu Lasten der privaten VerbraucherInnen und hier vor allem zu Lasten von Frauen als geringer Verdienenden und Haushaltsmanagerinnen. Dies zeigt sich bereits in den Bereichen Energie, Wasser und Verkehr, wo die versprochenen Vorteile im Hinblick auf Kosten und Service nicht eingetreten sind, vor allem im Verkehrsbereich aber erhebliche Einbußen in der Bewegungsfreiheit hingenommen werden mussten. Gleichzeitig verringern sich mit der Privatisierung und den damit einhergehenden Monopolisierungstendenzen sowohl die staatlichen/kommunalen Einflussmöglichkeiten als auch die der Frauen. Wir fordern deshalb eine Stärkung der Interessen der privaten VerbraucherInnen bei Liberalisierungs- und Privatisierungsprozessen im Bereich der Daseinsvorsorge sowie begleitende Analysen der Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	DieLinke.PDS
<p>Wie wollen Sie verhindern, dass bei Privatisierung und Liberalisierung von Märkten in erster Linie die Großkonsumenten profitieren und die KleinverbraucherInnen die VerliererInnen sind?</p>	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>Es ist nicht evident, dass bei der Privatisierung und Liberalisierung von Märkten in erster Linie die Großkonsumenten profitieren und die Kleinverbraucher die Verlierer sind. Im Bereich der Telekommunikation beispielsweise haben gerade die privaten Verbraucher von der Liberalisierung profitiert und werden - vgl. den gegenwärtigen Wettbewerb auf den DSL-Märkten - dies auch weiterhin tun. Qualitätsstandards werden bei Privatisierung/ Liberalisierung in erster Linie durch die Nachfrage, sprich durch den Verbraucher gewährleistet bzw. kontrolliert.</p> <p>Fast nirgends in Europa ist Energie so teuer wie in Deutschland. Das ist das Ergebnis von ideologischer Energiepolitik. Das belastet die privaten Haushalte, erhöht die Produktionskosten, kostet Arbeitsplätze und beschleunigt die De-Industrialisierung. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist umweltpolitisch und auch technologisch verheerend. Die dadurch aufge-rissene Stromversorgungslücke</p>	<p>Um bei der Liberalisierung der Märkte für große Netzdienstleistungen (Strom, Gas, Telekommunikation, Post, Schienenverkehr) faire Wettbewerbsbedingungen zum Nutzen der Verbraucherinnen und Verbraucher und zur Verhinderung von Monopolbildung zu schaffen, hat die SPD-geführte Bundesregierung die Bundesnetzagentur als selbständige Bundesbehörde gegründet.</p> <p>Zur Durchsetzung der Regulierungsziele ist sie mit wirksamen Verfahren und Instrumenten ausgestattet worden, die auch Informations- und Untersuchungsrechte sowie abgestufte Sanktionsmöglichkeiten einschließen. Im Bereich der Telekommunikation ist die Liberalisierung am weitesten fortgeschritten. So sind seit der Marktöffnung im Jahr 1998 die Preise um bis zu 90 % zurückgegangen. In den nächsten Jahren muss es darum gehen insbesondere auch in den Bereichen Strom und Gas für einen fairen Wettbewerb zu sorgen. Dabei geht es gerade darum, die vorhandenen Monopolstrukturen – die aus der Zeit vor der Liberalisierung stammen -</p>	<p>Wir GRÜNEN haben den Verbraucherschutz zur Regierungspolitik gemacht und erstmals mit Renate Künast ein eigenes Verbraucherministerium und zwei neue Bundesämter - für Verbraucherschutz und Risikobewertung - durchgesetzt. Im Bundestag ist der frühere Landwirtschafts- heute Verbraucher-Ausschuss und setzt die Verbraucherpolitik erfolgreich mit einer Vielzahl von anderen Ausschüssen wie dem Wirtschafts-, dem Forschungs-, dem Rechts- oder Gesundheitsausschuss als Querschnittsaufgabe um.</p> <p>Viele Anfangsschwierigkeiten der strukturellen Neuorientierung sind heute überwunden. Wir verankern Verbraucherpolitik als parlamentarischen Arm der Arbeit der Verbraucherorganisationen, als Bestandteil der Wirtschaftspolitik und Voraussetzung für ein Funktionieren des Marktes und des Wettbewerbs. Wir haben begonnen, die politischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Interessen schutzbedürftiger Verbrauchergruppen (Kinder, Jugendliche, Senioren, behinderte Menschen, sozial Schwache)</p>	<p><u>Zur Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge</u></p> <p>Die Liberalisierung ehemals rein staatlich organisierter Märkte, die vorwiegend in den 90er Jahren eingeleitet worden ist, ist unter dem Strich eine riesige Erfolgsgeschichte. Die Preise sind auf breiter Front gesunken und die Qualität ist nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Endverbraucher zum Teil erheblich verbessert. Als Beispiele zu nennen sind hier der Sektor der Telekommunikation, der Energiesektor und zum Teil auch der Postsektor. Im Energiesektor hat leider die staatliche Eingriffsintensität in den vergangenen sieben Jahren wieder erheblich zugenommen, so dass Preisvorteile der Liberalisierung gerade für den Endverbraucher längst wieder aufgezehrt sind. Im Strom- und Gasmarkt hat es zudem teilweise auch politisch unterstützt, deutliche Monopolisierungstendenzen gegeben. Die Ministererlaubnis bei der Eon-Ruhrgas-Fusion war eine solche politische Fehlleistung. Weniger Wettbewerb wirkt sich nicht</p>	<p>Die Linkspartei.PDS setzt sich für den Erhalt der Öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Wir wenden uns entschieden gegen die Privatisierung von Energie, Wasser, Bahn, etc. Falsch finden wir z.B. auch den geplanten Börsengang der Bahn. Anstatt satte Gewinne einfahren zu wollen und deswegen so genannte unrentable Strecken abzubauen, verteidigen wir den ökologischen Aspekt ebenso wie Mobilitätsversorgung der Bevölkerung auch in ländlichen Regionen.</p> <p>Dort, wo die Privatisierungen nicht aufzuhalten sind setzen wir uns für die Interessen der Kleinverbraucherinnen und –verbraucher ein und verteidigen ihre Rechte. Da der Markt spezielle Interessen in der Regel nicht ausreichend bedient, setzten wir uns in erster Linie gegen Privatisierungen ein. Verbraucherschutzgesetzte sind wichtig und notwendig, aber immer reaktiv.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	<p>in Deutschland kann nur mit zusätzlichen fossilen Kraftwerken und mehr schädlichen CO2-Emissionen geschlossen werden. Dies widerspricht fundamental den Klimaschutzziele. Es bedroht zudem die deutsche kerntechnische Industrie, bislang technologisches Aushängeschild Deutschlands mit großem Exportpotential. CDU und CSU wollen eine sichere, preiswerte und ökologisch verträgliche Energieversorgung. Diese ist für den modernen Industriestandort Deutschland von höchster Bedeutung und schafft das Fundament für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Arbeitsplätze. Wir wollen eine Energiepolitik mit Vernunft und Augenmaß. Dazu gehört ein sparsamer und effizienter Umgang mit Energie. Vor allem brauchen wir einen breit gefächerten Energiemix aus Erdöl, Kohle, Gas, Kernenergie sowie Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenenergie. Mit einer solchen Politik sind insbesondere die Verbraucherinnen und Verbraucher die Gewinner.</p>	<p>aufzubrechen.</p>	<p>gewahrt und Gefahren für die Gesundheit abgewendet werden. Mit Aufklärung, Transparenz und Information schaffen wir die Voraussetzungen, um Entscheidungsgrundlagen und Wahlfreiheit für den „mündigen“ und eigenverantwortlichen Verbraucher zu ermöglichen.</p> <p>Verbraucherpolitik geht weit über den Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes hinaus, auf den die CDU/CSU und FDP sie immer wieder zurückdrängen wollen. In den komplexer werdenden Märkte und bei den vielen Veränderungen im Bereich der Telekommunikation, Energie, Gesundheit, Post, Altersvorsorge, Gentechnik wie auch die finanzielle Situation vieler Haushalte wird staatliche wie auch nicht-staatliche Verbraucherpolitik immer wichtiger. Im Gegensatz zur Opposition und zu den Bundesländern haben wir verstanden: Ohne Verbrauchervertrauen auch keine funktionierende Konjunktur.</p> <p>Für eine erfolgreiche Verbraucherpolitik ist eine institutionelle Verankerung als Verbraucherministerium und als Querschnittsaufgabe in der Regierungsarbeit mit Initiativrechten der Ministerin unabdingbare Voraussetzung. Das heutige Verbraucherministerium hat sich bewährt. Wir wollen eine klare Transparenz für die EndverbraucherInnen</p>	<p>nur theoretisch, sondern auch praktisch nachvollziehbar und zu messen an höheren Energiepreisen, insbesondere für die Endverbraucher, meist negativ auf die Marktergebnisse aus. Insofern ist die gerade eingeleitete Marktöffnung im Energiesektor durch das neue Energiewirtschaftsgesetz ausdrücklich zu begrüßen. Gleichzeitig muss sich der Staat, der mittlerweile rd. 40 Prozent der Energiepreise durch seine Lenkungsmaßnahmen bestimmt, endlich wieder zurücknehmen. Die Ökosteuer, aber auch die Subventionierung der erneuerbaren Energien muss in Höhe und Form dringend überprüft werden. Unter dem Strich wird die FDP darauf achten, dass bei der weiteren Liberalisierung ehemaliger staatlicher Monopolspektoren tatsächlich der Wettbewerb zum Zuge kommt. Dann sind wir fest davon überzeugt, dass auch Verbraucher von Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen profitieren werden. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass Qualitätsstandards sich am besten im Wettbewerb herausbilden und über einen wirksamen Wettbewerb auch am besten zu kontrollieren sind. Wettbewerb ist nicht nur das beste Entdeckungsverfahren für bessere Ergebnisse und für bessere Qualitäten, sondern sorgt auch dafür, dass sich die Marktmarkt nicht in wenigen</p>	

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			<p>erreichen und verhindern, dass z.B. Energieversorger eine Preispolitik zu Lasten von Kleinverbrauchern und Privathaushalten betreiben. Dazu ist die Einführung von mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt ein erster Schritt. Leider hat die CDU-Mehrheit im Bundesrat die verbraucherfreundlichen Regelungen zur Stromkennzeichnung und zur Verbandsklage gekippt.</p> <p>Die Wasserversorgung sollte aus unserer Sicht in öffentlicher Hand bleiben, um die Daseinsvorsorge für die VerbraucherInnen hier sicherzustellen.</p>	<p>Marktmacht nicht in wenigen Händen konzentriert und somit die Nachfrager vor Willkür machtmächtiger Anbieter geschützt werden.</p>	
<p><i>Wie sollen bei Privatisierung/Liberalisierung Qualitätsstandards – sowohl im Hinblick auf die Produkte, als auch auf die Geschlechtergleichstellung – gewährleistet werden, und wer kontrolliert deren Einhaltung?</i></p>		<p>Grundsätzlich gelten bei der Erbringung bestimmter Dienstleistungen wie Telekommunikation, Strom oder Gas für alle AnbieterInnen die gleichen rechtlichen Vorschriften, z.B. im Arbeits- oder Umweltrecht oder was Sicherheitsvorschriften betrifft. Gegenwärtig kommt den ehemaligen Monopolisten noch eine besondere Verantwortung für bestimmte Grundfunktionen, z.B. die Betreibung und Wartung der Netze, zu. Uns ist nicht bekannt, dass es im Zuge der Liberalisierung der Märkte einen Verlust an Qualitäts- und Sicherheitsstandards gegeben hat. In diesem Zusammenhang sehen wir auch keinen direkten Zusammenhang zwischen der Liberalisierung von Netzdienstleistungen und Qualität.</p>	<p>Wir lehnen eine Dienstleistungsrichtlinie ab, die über das „Herkunftslandprinzip“ Druck auf soziale, ökologische, verbraucherpolitische und arbeitsrechtliche Standards aufbaut und massive Rechtsunsicherheit schafft. Stattdessen setzen wir auf den Ausbau des europäischen Sozialmodells mit harmonisierten sozialen, ökologischen und Verbraucherschutzstandards. Wir setzen uns mit Nachdruck in den Verhandlungen auf europäischer Ebene dafür ein, dass Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Bildung, Kultur, öffentlich-rechtliche Medien, Wasser und andere Dienstleistungen im allgemeinen Interesse in einem eigenständigen Rechtsakt verbraucherfreundlich geregelt werden.</p>		<p>Qualitätsstandards müssen zum einen durch den gesundheitlichen Verbraucherschutz gewährleistet werden – er muss in den Ländern und Kommunen so ausgestattet sein, dass er seine Prüfaufgaben ausreichend wahrnehmen kann, um die gesetzlichen Grenzwerte zu kontrollieren.</p> <p>Zum Anderen können dort, wo es nicht um Grenzwerte sondern um Qualität unterschiedlichster Art geht, Prüfsiegel und Zertifikate, die landes- oder bundesweite Qualität garantieren, Sicherheit geben. Es gibt in vielen Bereichen, zum Beispiel Krankenhäusern und Pflegeheimen, schon viele Siegel und Zertifikate – so viele, dass hier selbst ein Markt entstanden ist, der die Übersicht für Verbraucher und</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>gen und der Geschlechtergleichstellung.</p> <p>Die SPD wird auch in Zukunft sicherstellen, dass die Liberalisierung der Märkte die Versorgung aller Menschen und Regionen mit den genannten Dienstleistungen nicht nur nicht in Frage stellt, sondern verbessert.</p>	<p>harmonisiert werden. Dabei muss ein gleichberechtigter Zugang und eine hohe Versorgungssicherheit und Qualität gewährleistet werden. Das schafft Verbrauchervertrauen und damit die Voraussetzungen für eine deutliche Entwicklung und Verbesserung des Dienstleistungsmarktes.</p> <p>Bei der Regulierung von Märkten sind Benachteiligungen der Geschlechter abzubauen. So haben wir uns auf für die Einführung von Unisex-Tarifen bei kapitalbildenden Versicherungen stark gemacht. Mit der Einführung von Unisex-Tarifen bei der Riester-Rente hat Rot-Grün einen wichtigen – gegen die Versicherungen und die Opposition erkämpften – Etappensieg für die Geschlechtergerechtigkeit errungen. Jetzt gilt es die EU-Richtlinie zur europaweiten Einführung von Unisex-Tarifen bei Versicherungen durchzusetzen. Die Richtlinie macht deutlich: Unisex-Tarife sollen nicht Ausnahme sondern Regel sein. Wer davon abweicht, muss dies wissenschaftlich begründen.</p> <p>Eingebettet sind deutsche Gesetze in das Prinzip des Gender Mainstreaming, also bei allem politischen Handeln die Auswirkungen auf Frauen und Männer mit einzubeziehen und zu berücksichtigen. Dazu gehört auch Gender Budgeting, also die Anwendung des Gender-Mainstreaming-</p>		<p>Verbraucherinnen nicht gerade erleichtert. Aufgabe von Bundes- und Landespolitik muss es sein, im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher zusammenzufassen, zu informieren, ggf. ein eigenes Zertifikat, das eine verlässliche Grundlage bildet, einzuführen.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			Gedankens auf die Haushalts- und Finanzpolitik. Dabei wirkt das in Berlin ansässige GenderKompetenzZentrum als Unterstützung und Begleitung.		

7. Prüfstein: Gleichberechtigte Verteilung der finanziellen Ressourcen zwischen Frauen und Männern

Ob das im Bundeshaushalt zu verteilende Geld in gleichem Ausmaß Frauen und Männern zugute kommt, darüber kann ein Genderbudget Auskunft geben. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, dass öffentliche Haushalte ohne Sensibilität für die unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen – besonders dann, wenn ein Sparzwang besteht – häufig zu Lasten von Fraueninteressen und der für die besonders wichtigen Themenbereiche geht. Auf dem Prüfstand des Genderbudgets stehen alle Politikbereiche und somit auch die Umweltpolitik, der Verbraucherschutz, die Gesundheitspolitik etc. Bei der gegenwärtig vorhandenen Unterrepräsentanz von Frauen bei politischen Entscheidungen, die sich in Haushaltsausschüssen in aller Regel noch verschärft, fordern wir eine Offenlegung der Entscheidungsprozesse bei der Aufstellung des Bundeshaushalts und die Sicherstellung, dass keine Diskriminierung der Geschlechter vorliegt.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	DieLinke.PDS
<p>Wie werden Sie sicherstellen, dass eine gendersensible Analyse des Haushalts erfolgt und die Nutznießung von Steuergeldern – gerade angesichts der Sparzwänge – nachweislich auch paritätisch zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen und der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit verwendet wird?</p>	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>Finanzminister Eichel und die rot-grüne Koalition hinterlassen ein schweres Erbe. Die Verschuldungsspirale dreht sich seit Jahren immer schneller, die Zahl der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse befindet sich nach wie vor im freien Fall, die Arbeitslosigkeit steigt ungebremst. Rot-Grün hat abgewirtschaftet und sowohl beim Abbau der Arbeitslosigkeit als auch bei der Haushaltskonsolidierung versagt. Für CDU und CSU ist es eine Selbstverständlichkeit, dass es gerade in Zeiten knapper Mittel wichtig ist, zu prüfen, ob die bisher eingesetzten Gelder die politisch erstrebten Ziele überhaupt erreicht haben bzw. diese aktuell noch verfolgt werden. Eine unionsgeführte Bundesregierung wird den Bundeshaushalt konsolidieren und in ihrer Haushaltspolitik die richtigen Schwerpunkte setzen. Davon werden Frauen und Männer in Deutschland gleichermaßen profitieren.</p>	<p>Das Prinzip des Gender Budgeting soll europaweit bis zum Jahr 2015 eingeführt werden. Darauf haben sich die EU-Finanzminister im Jahr 2001 verständigt.</p> <p>Im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming der Bundesregierung wurde eine Unterarbeitsgruppe Gender Budgeting eingerichtet.</p> <p>Sie soll bis zum Frühjahr 2006 konzeptionelle Vorschläge zur Umsetzung erarbeiten.</p>	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen Gender Budgeting als interessantes Instrument zur Konkretisierung von Gender Mainstreaming (siehe Fragen 1 und 2) und zur Transparenz der staatlichen Finanzen. Wir haben uns daher im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und SPD 2002 dafür eingesetzt und formuliert: „Gender Mainstreaming soll als Methode zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes in allen Ressorts der Bundesregierung nachhaltig verankert werden. Gender Budgeting ist Teil dieser Strategie.“ Dabei geht es nicht um kurzfristige Effekte. Die staatliche Finanzpolitik wird für Bürgerinnen und Bürger transparent und überprüfbar, ein Schritt zu nachhaltiger Geschlechtergerechtigkeit. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat zu Gender Budgeting eine Machbarkeitsstudie vergeben. Der Abschlussbericht wird im Frühjahr nächsten Jahres erwartet. Ziel ist, das am Ende ein möglichst konkreter Handlungsvorschlag zu Gender Budgeting in der Bundesregierung stehen soll.</p> <p>Die direktesten Anwendungs-</p>	<p>Zur Verteilung finanzieller Ressourcen</p> <p>Der Bundeshaushalt bzw. der Haushaltsplan ist die Summe aller ihn determinierenden finanzwirksamen Leistungen (Gesetze, Rechtsverpflichtungen) der öffentlichen Hand für einen bestimmten Zeitraum. Letztlich ist er Ausdruck allumfassender politischer Entscheidungen des Parlaments für die von ihm festgelegten finanzwirksamen Aufgaben und Politikbereiche des Staates. Die klassische Funktion des Haushaltsplans ist dabei die Bedarfsdeckung. Zur Deckung des Finanzbedarfs werden im Haushaltsplan die verfügbaren Einnahmebeträge und die zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben erforderlichen Ausgabemittel festgelegt und in Ausgleich gebracht. Die Bedarfsdeckungsfunktion ist Ausdruck der Gemeinwohlorientierung des Staates und versucht damit auch den berechtigten Interessen von Frauen Rechnung zu tragen.</p> <p>Der von Ihnen in den Vordergrund gestellte Aspekt der Gerechtigkeit greift mit dem Vorschlag eines „Genderbudgets“ nach meiner Auffassung</p>	<p>Mit der Einführung eines Gender-Budgeting, wie für den Berliner Landeshaushalt bereits geschehen, wird eine gendersensible Analyse des Haushalts möglich. Noch sind nicht in allen Bereichen die notwendigen Daten vorhanden. Das Gender-Budgeting schafft ebenso wie die Pflicht, alle Vorlagen und Gesetze auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechter hin zu untersuchen, die Basis dafür, dass wirklich in allen Bereichen die entsprechenden Daten künftig erhoben werden.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			<p>möglichkeiten sehen wir zurzeit vor allem auf Landes- und auf kommunaler Ebene. Auf Landesebene hat insbesondere Nordrhein-Westfalen unter der rot-grünen Koalition wichtige Schritte unternommen. Nach einer Veranstaltung der Grünen Landtagsfraktion 2002 bildete sich eine erste Gender Budgeting-Initiative in Marl, die sich in ihrer Kommune politisch für eine geschlechtergerechte Haushaltsanalyse stark machte. Die Kölnerinnen zogen nach und legten bereits im Herbst 2004 Gender Budgeting-Analysen zweier Haushaltsansätze - der Volkshochschule und der Stadtbibliothek - vor. Auch andere kommunale Gruppen engagierten sich. Auf Initiative der Grünen wurde im Haushalts-Gesetz 2004/05 des Landes NRW unter § 7c verankert: „Die Landesregierung legt dem Haushalts- und Finanzausschuss bis 30. September 2004 eine Entscheidung über eine modellhafte Erprobung des Konzeptes zur nach Geschlechtern differenzierten Analyse, Bewertung und Folgeabschätzung von Haushaltsentscheidungen vor.“ Das ist inzwischen geschehen, der Bericht liegt vor und empfiehlt die Erprobung in einem oder mehreren Bereichen. Eine umfangreiche Broschüre dazu kann als pdf-Datei unter http://www.gruene.landtag.nrw.de/aktuell/publikationen/br</p>	<p>gets" nach meiner Auffassung zu kurz. Wenn es um den Aspekt der Gerechtigkeit geht, dann sollte die Generationengerechtigkeit stärker in den Fordergrund gestellt werden. Das Handlungsprinzip der Gerechtigkeit besagt nichts anderes, als Gleiches gleich zu behandeln. So verstanden bedeutet Generationengerechtigkeit nichts anderes als die Gleichbehandlung der Generationen. Weder die Generation der Beitragszahler, sowohl Frauen als auch Männer, noch die Generation der Rentner, ebenfalls Frauen und Männer, dürfen bevorzugt oder benachteiligt werden. Doch genau das ist nicht mehr der Fall. Die Schiefelage zwischen den Generationen ist bei der Rente, der Gesundheit und der Pflege dramatisch. Neben der Verschiebung der Lasten in die Zukunft stellt ebenso die Verschuldung ein Generationenproblem dar. Ausgewiesen wird bisher nur die explizite Staatsverschuldung, die zurzeit 1.400 Mrd. EUR beträgt. Doch noch dramatischer stellt sich die Situation dar, bezieht man die implizite Staatsverschuldung mit ein. Dieser Begriff beschreibt die Ansprüche der älteren gegenüber der jüngeren Generation, die sich aus der ganz überwiegenden Umlagefinanzierung der sozialen Sicherungssysteme ergeben. Im Jahr 2004 lag die implizite Staatsschuld bei 270 %</p>	

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			oschueren/pdf/0507-Gender_Budgeting.pdf heruntergeladen werden.	des BIP bzw. 5.900 Mrd. EUR. Daher ist es ein Gebot politischer Vernunft, die implizite Staatsverschuldung viel stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken und diese Lasten auch im Staatshaushalt auszuweisen. Ein notwendiges Instrumentarium dafür ist das Erstellen von Generationenbilanzen. Sie wäre ein wichtiges Instrument für die Haushalts-, Finanz- und Sozialpolitik und ein wichtiger Beitrag auf dem Weg zu mehr Generationengerechtigkeit und damit letztendlich auch zu einer Politik der Nachhaltigkeit, von der Frauen und Männer gleichermaßen profitieren.	
<i>Wie und von wem werden zukünftig frauen-/genderpolitische Infrastrukturen, Netzwerke und Organisationen gefördert, die die Umsetzung einer geschlechtersensiblen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik unterstützen?</i>		Mit dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2006 hat sich das Bundeskabinett Mitte Juli 2005 befasst. Über die Förderung bestimmter Projekte oder Organisationen können zum jetzigen Zeitpunkt im Einzelnen keine Angaben gemacht werden, da die parlamentarischen Beratungen zum Haushalt 2006 noch nicht begonnen haben.	Die Einbindung und Unterstützung von frauen-/genderpolitische Infrastrukturen, Netzwerke und Organisationen wie durch das BMU (s. oben) bei der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fortführen, ausdehnen und intensivieren.		Die Förderung muss auf allen politischen Ebenen erfolgen – sowohl Bund, Länder und Kommunen aber auch über Stiftungen.

8. Prüfstein: Wirtschaft und Arbeit gerecht und nachhaltig gestalten

Im herrschenden Wirtschaftsverständnis wird die noch immer vorrangig von Frauen geleistete Versorgungs-, Fürsorge-, Eigen- und Gemeinschaftsarbeit als nicht produktiv ausgeblendet. Sie ist gering oder gar nicht bezahlt, obwohl dadurch das Fundament einer Gesellschaft sichergestellt und soziales Kapital gebildet wird. Ökonomisch wertgeschätzt wird vielmehr die einseitige Fokussierung auf den (warenförmigen) Markt und die an einem männlichen lebensbiografischen Modell (Vollzeitarbeitsverhältnis) ausgerichtete Erwerbsarbeit.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	DieLinke.PDS
<p>Wie wollen Sie eine Aufwertung nicht-erwerbswirtschaftlicher Arbeiten sowie die geschlechtergerechte Aufteilung verschiedener Arbeitsformen erreichen?</p>	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>Für CDU und CSU ist es selbstverständlich, dass der Familienarbeit und ehrenamtlichem Engagement wieder ein höherer Stellenwert beigemessen werden muss. Mütter und Väter, die sich für die ausschließliche Familienarbeit entscheiden, verdienen unseren Respekt und mehr Anerkennung. Im Gegensatz zu Rot-Grün bekennt sich die Union zu dem Grundsatz der Wahlfreiheit für Mütter und Väter. Dies machen CDU und CSU mit der Forderung nach einer besseren Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Rente deutlich. Wir werden ab dem 1.1.2007 für neugeborene Kinder einen Kinderbonus von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung einführen. Damit honorieren wir den Zukunftsbeitrag von Familien zum Generationenvertrag in unserer Gesellschaft. Außerdem werden wir mit unserer geplanten Steuerreform einen einheitlichen Grundfreibetrag für jede Person, sei sie Erwachsener oder Kind, von 8.000 Euro einführen. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass eine gleichbe-</p>	<p>Wir müssen auf die vielschichtigen Herausforderungen im Erwerbs- und Arbeitsleben ökonomisch nachhaltige und sozial gerechte Antworten finden. Es gilt neben der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit durch bessere Rahmenbedingungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auch den veränderten Bedürfnissen individualisierter Lebensentwürfe von Männern und Frauen Rechnung zu tragen. Das muss in Form einer anpassungsfähigen und Chancengleichheit gewährenden Absicherung geschehen, die zeitweilige Unsicherheiten moderner Erwerbsverläufe, beispielsweise aufgrund sozial produktiver Nicht-Erwerbsphasen oder von Kindererziehungszeiten, kompensieren kann.</p> <p>Echte Wahlfreiheiten begründen sich aus unserer Sicht nicht einseitig durch materielle Kompensationsleistungen, sondern in erster Linie durch bessere institutionelle Rahmenbedingungen bezüglich Kinderbetreuung und Arbeitszeitsouveränität.</p>	<p>(Keine Beantwortung der einzelnen Fragen, sondern des gesamten Wahlprüfsteins)</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen allen die Teilhabe an der Gesellschaft und der Erwerbsarbeit ermöglichen statt viele auszugrenzen. Freiheit braucht auch soziale Sicherheit. Freiheit ohne Gerechtigkeit ist immer nur die Freiheit von Wenigen. Wir fordern den Ausbau einer sozialen Grundversicherung, die Einführung von Mindestlöhnen und den Aufbau einer Bürgerversicherung sowie die Neugestaltung der Lebensarbeitszeiten.</p> <p>Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind wir einen Schritt in Richtung einer sozialen Grundversicherung gegangen. Die bisherige, entmündigende Sozialhilfe ist Vergangenheit, Verschiebehahnhöfe zwischen den beiden Systemen wurden beendet und erstmals haben auch bisherige Sozialhilfempfeänger Anspruch auf Vermittlung in Arbeit und Ausbildung. Aber wir müssen auch feststellen, dass viele durch die Reform materiell schlechter gestellt wurden, ohne dass die Verbesserungen in der Vermittlung und Qualifizierung bereits hinreichend greifen. Das Fördern kommt</p>	<p>Zur Arbeitsmarkt und Wirtschaft</p> <p>Der Staat muss die gesellschaftlichen Realitäten berücksichtigen und damit der heutigen Lebensplanung der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen. Frauen und Männer wünschen gesellschaftliche, berufliche und familiäre Partizipation. Immer mehr Menschen suchen nach Wegen der Vereinbarkeit dieser Ziele. Nicht nur Mütter, sondern vermehrt auch Väter suchen eine Verbindung von Karriere und geglücktem Privatleben. Auch für Männer müssen die Chancen verbessert werden, sich trotz Karriere intensiver ihrer Familie widmen zu können. In unserer Gesellschaft müssen aber auch die Leistungen von Müttern und Vätern, die sich ganz der Betreuung ihrer Kinder oder auch anderer Angehöriger widmen, stärker anerkannt und gewürdigt werden. Sie erbringen Leistungen, die der gesamten Gemeinschaft zugute kommen.</p> <p>Wegen der schlechten Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sehen sich viele junge Menschen gezwungen, sich zwischen Familie und Beruf zu entscheiden</p>	<p>Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass die Betreuung von Kindern und die Pflege von Angehörigen stärker in der Rente berücksichtigt werden, damit v. a. die Frauen, die über Jahre hinweg diese unbezahlte Arbeit geleistet haben, im Alter nicht von Armut betroffen sind. Gleichzeitig streiten wir für eine Individualbesteuerung sowie die individuelle Absicherung jedes Menschen in der Arbeitslosenversicherung, um allen die Möglichkeit zu geben, durch die Versorgungsarbeit eigene Ansprüche zu erwerben. Wir setzen uns für ein Elterngeld ein, mit dem die Arbeit der Kindererziehung aufgewertet wird und wollen, dass ein Teil der Elternzeit an die Väter gebunden wird. Dann, wenn auch mehr Männer diese Arbeit übernehmen und sich für eine gewisse Zeit von ihrer Erwerbsarbeit freustellen lassen, erfährt sie eine Aufwertung.</p> <p>Mit der schrittweisen Einführung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wollen wir nicht nur Arbeiten im Non-Profit-Bereich schaffen, sondern durch gesellschaftlich gewollte Entlohnung dieser – oft von Frauen ausgeführten – Arbeit wie z.B.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
	<p>rechtigte Aufteilung der Familienarbeit zwischen Mutter und Vater durch eine nachhaltige Verbesserung der Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit in Zukunft besser möglich wird.</p>		<p>bei der Umsetzung der Reform noch zu kurz. Zudem müssen einzelne Hilfen immer noch bei unterschiedlichen Ämtern beantragt werden, was für die Betroffenen oft schwer nachzuvollziehen ist und die Inanspruchnahme erschwert. Wir wollen die armutsfeste soziale Grundsicherung auf die politische Tagesordnung setzen und sie Schritt für Schritt verwirklichen. Sie ist einkommens- und vermögensabhängig zu gestalten und muss positive Arbeitsanreize setzen.</p> <p>Wir wollen die Bürgerversicherung in die alle gemäß ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einbezahlen und die allen unabhängig von ihrem Geldbeutel die notwendige und angemessene medizinische Versorgung garantiert. Auch die Pflegeversicherung muss schnellstmöglich finanziell wie strukturell zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickelt werden. Zusätzlich wird ergänzende Vorsorge nötig sein, um auf die steigenden Pflegekosten in einer älter werdenden Gesellschaft reagieren zu können. Wir brauchen eine umfassende Reform zur Unterstützung der Betroffenen und ihrer Angehörigen. Dabei ist zu beachten, dass die unentgeltliche Pflege bisher überwiegend von Frauen geleistet wird. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die ambulante Pflege</p>	<p>lie und Beruf zu entscheiden und nicht beides miteinander zu verbinden. Männer schieben eine Elternschaft deutlich länger auf als Frauen. Das Rollenmodell vom männlichen Familienernährer scheint nach wie vor ein hohes Maß an Verbindlichkeit zu besitzen und eine Familiengründung für die Väter vielfach bis zur beruflichen Etablierung zu verzögern. Männer empfinden ebenfalls zunehmend die schwere Vereinbarkeit von Vater- und Berufspflichten als persönliches Dilemma. Die Politik sollte daher die gesellschaftliche Akzeptanz der Vaterrolle fördern, so dass für die Männer eine Verbindung von Familie und Beruf attraktiver wird. Dieser Wandlungsprozess im Männerbild wird aber längere Zeit dauern. Für die Frauen, die auch heute noch den Hauptteil der Familienarbeit leisten, ist die Spannung zwischen Mutter- und Berufsrolle konfliktträchtig. Die Politik muss die Bedingungen schaffen, dass es die Frauen nicht mehr scheuen, Familie und Erwerbstätigkeit zu kombinieren.</p> <p>Die FDP ist der Auffassung, dass die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit dringend verbessert werden muss. Auf dem FDP-Bundesparteitag im Mai dieses Jahres und mit dem Deutschlandprogramm 2005 wurde hierzu beschlossen:</p>	<p>Pflege – eine entsprechende Anerkennung ausdrücken. (Siehe auch nächste Antwort.)</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
			und für den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit verbessern, neue Wohnformen und eine unabhängige Wohn- und Pflegeberatung fördern.	<ul style="list-style-type: none"> • Von Ländern und Kommunen fordert die FDP ein bedarfsgerechtes Angebot von Betreuungsplätzen ab Ende des Mutterschutzes (8 Wochen nach der Geburt) und die grundsätzliche Bereitstellung eines Ganztagsplatzes in Krippen, KiTas und Schulen (Horte) für Kinder berufstätiger Mütter und Väter. 	
<i>Mit welchen Maßnahmen und Zielvorgaben unterstützen Sie Lebensmodelle, die es allen Gesellschaftsmitgliedern unabhängig von ihrem Geschlecht ermöglichen, sich beruflich, familiär oder/ und gemeinnützig zu engagieren, ohne deshalb von gesellschaftlicher Wohlfahrt abgekoppelt zu sein?</i>	Ehrenamtliche Tätigkeit, Bürgerengagement, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfegruppen gehören zum unverzichtbaren Fundament einer lebendigen Demokratie. Unsere Zukunft liegt nicht in einem patriarchalischen Wohlfahrtsstaat, sondern in einem Staat, der auf dem Engagement und der Beteiligung seiner Bürger an der Gestaltung und der Lösung der Probleme des gesellschaftlichen Lebens ausgerichtet ist. Diese Beteiligung und dieses Engagement gilt es zu fördern. Eine unionsgeführte Bundesregierung wird im Sinne der Empfehlungen der Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Maßnahmen durchsetzen, um das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland wieder attraktiver zu machen.	<p>Unser Ziel ist es, Geschlechtergerechtigkeit in einer Zeit, die durch zusehends stärker individualisierte Lebensentwürfe von Frauen und Männern geprägt ist, durch ein breites und flexibles Angebot an Teilhabemöglichkeiten herzustellen. Teilhabe umfasst materielle Leistungen, sie muss aber Rückkehr- und Eintrittsmöglichkeiten ins Berufsleben genauso wie Arbeitszeitsouveränität einschließen. Die Vereinbarkeit von Familie, Engagement und Beruf wird aus unserer Sicht erst durch die richtigen Rahmenbedingungen ermöglicht.</p> <p>Wir haben in den vergangenen sieben Jahren mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit, der Elternzeit, dem Ausbau von Kinderbetreuung, der Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes für bürgerschaftlich engagierte Menschen, den Erleichterungen für ehrenamtliches Engagement von Arbeitslosen und vielem anderen mehr wichtige Reformen in die Wege geleitet.</p>	<p>Das Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft, in der die Menschen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen, ist für uns eine wichtige Grundsäule der Gesellschaftspolitik. Uns geht es grundsätzlich um eine neue Balance bei der Verteilung von Aufgaben und Verantwortung zwischen Staat und BürgerInnen. Bürgerschaftliches Engagement hat die Stärkung von Gemeinsinn, gesellschaftlicher Solidarität und die Erneuerung der Demokratie von unten zum Ziel. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wollen mit Hilfe von Freiwilligenagenturen jedem Menschen die Möglichkeit eröffnen, sich für andere und für die Gesellschaft zu engagieren. Außerdem wollen wir die bestehenden Jugendfreiwilligendienste ausbauen und neue Modelle für alle Altersgruppen einführen. Freiwilligenarbeit braucht ein Mindestmaß an professioneller Infrastruktur.</p> <p>Eine solidarische Modernisierung der Gesellschaft gibt es nicht.</p>	<p>Nach und nach sollen Kindergärten im Rahmen des bisherigen Rechtsanspruches (halbtags ab dem vierten Lebensjahr) für Eltern entgeltfrei werden. Mittelfristig soll ein bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem zweiten Geburtstag geschaffen werden. Die private Tagespflege (Tagesmütter und Tagesväter) muss als gleichrangiges Angebot neben der so genannten institutionellen Betreuung in Krippen gefördert werden - unbürokratisch, bundeseinheitlich und mit einem unabhängigen Bewertungssystem zur Qualitätssicherung.</p> <p>Wir unterstützen die Einführung von mehr Ganztagsschulen in unterschiedlichen Ausprägungen als Angebot für Schülerinnen und Schüler in allen Schularten. Die Ganztagschule hat für uns nicht nur bildungspolitische, sondern auch frauen- und jugendpolitische Gründe. Wir wollen Frauen und Männern die freie Wahl zwischen Beruf</p>	Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein, so dass durch eine finanzielle Absicherung Menschen in die Lage versetzt werden, sich um Kinder oder zu pflegende Angehörige zu kümmern. Wir fordern die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, eine Existenzsichernde Rente mit Grundbeitrag und die bessere Absicherung von Menschen, die in einem Ehrenamt arbeiten.

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>ge geleitet. Diese setzen wir fort.</p> <ul style="list-style-type: none"> Väter und Mütter sollen Entscheidungsfreiheit haben und sich nicht zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen: Wir bauen Quantität und Qualität der Tagesbetreuung aus, wie wir es mit der Tagesbetreuung für die unter 3-Jährigen begonnen haben. Der Ausbau hin zum Rechtsanspruch ab dem 2. Lebensjahr hat Priorität und soll bis 2010 erreicht werden. Wir wollen gemeinsam mit Ländern und Gemeinden schrittweise die Gebührenfreiheit für Kitas umsetzen. Durch bessere Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-Jährige und Elterngeld vermeiden wir insbesondere bei Alleinerziehenden Kinder- und Familienarmut und sichern allen Eltern eine ununterbrochene Erwerbsbiographie. Wir halten an der 3-jährigen Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie und Teilzeitanspruch fest. Mit dem Ganztagschulprogramm stellen wir den Ländern bis 2008 rund 4 Mrd. Euro für die Einrichtung von 10.000 zusätzlichen Ganztagschulen zur Verfügung. Lebensmodelle ermöglichen heißt auch Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen bei Karriere- 	<p>nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit – gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen sind dafür Voraussetzung. Chancen für Frauen heißt für uns, Chancen für alle Frauen und Anerkennung ihrer unterschiedlichen Lebensentwürfe und Biografien. Wir wollen Frauen, die selbstbewusst ihren Karriereweg gehen. Wir wollen junge Frauen, die Informatik studieren und Solarflugzeuge bauen. Wir wollen Jungen, die Erzieher werden, und Väter, die in Elternzeit gehen, ohne als Exoten zu gelten. Das Rollenspektrum für Männer hat sich nicht im gleichen Maße erweitert wie das der Frauen. Deshalb setzen wir uns z.B. dafür ein, Männern den Zugang zur Sorge- und Familienarbeit zu erleichtern. Die gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Aufgaben voranzutreiben ist Ziel unserer Politik. Immer mehr Frauen sind heute gut ausgebildet, aber prekär beschäftigt mit sehr wechselnden zeitlichen Anforderungen und Einkommen. Oder sie sind alleinerziehend. Solidarische Modernisierung heißt: Wir dürfen bei dem Ziel der individuellen Absicherung keine Lücken zulassen. Deshalb brauchen wir eine stärkere Entkoppelung der sozialen Sicherung von der Erwerbstätig-</p>	<p>und Familie ermöglichen, ohne dass sie um die Betreuung ihrer Kinder Sorge haben müssen. Die Ganztagschule soll Begabungen der Kinder und Jugendlichen fördern und Defizite kompensieren.</p> <p>Familienförderung besteht nicht nur aus der dringend gebotenen finanziellen Besserstellung von Familien. Genauso wichtig ist das Ausräumen von Hemmnissen, die junge Paare von der Familiengründung abhalten: Die Infrastruktur öffentlicher Einrichtungen, Freizeitangebote, Ladenöffnungszeiten, öffentliche Nah- und Fernverkehrssysteme haben den besonderen Bedürfnissen von Kindern und Familien Rechnung zu tragen. Die Entscheidung zur Familiengründung und das Erziehen von Kindern muss mehr Anerkennung finden, in der Arbeitswelt genauso wie im öffentlichen Leben. Anreize für lange Erwerbsunterbrechungen sollen reduziert werden. Das Erziehungsgeld ist zu einer Lohnersatzleistung weiterzuentwickeln, damit die Entscheidung für ein Kind – gerade auch Männern und Akademikerinnen – erleichtert wird.</p> <p>Die FDP fordert die Deregulierung und Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarkts. Dabei reicht eine Beschränkung auf traditionelle starre Teilzeillösungen nicht</p>	

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	DieLinke.PDS
		<p>und Aufstiegschancen zu fördern. Wir wollen, dass Frauen die gleichen Karrierechancen und den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Forschung erhalten. Wenn dies auf freiwilliger Basis nicht umgesetzt wird, werden wir verbindliche Regelungen schaffen. Es ist unser Ziel, die Frauenerwerbsquote entsprechend den europäischen Vorgaben auf über 60 Prozent zu steigern und auch die unterdurchschnittliche Rate von selbständigen Frauen auf europäischen Durchschnitt anzuheben. Ferner werden wir das Ziel weiter verfolgen, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ entsprechend einer europäischen Verpflichtung zu verwirklichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir werden das bisherige Erziehungsgeld in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umwandeln. Wir stellen dadurch sicher, dass Familien ihren Lebensstandard, auch wenn sie ihre Berufstätigkeit unterbrechen, halten können. Die Gleichstellung der Frau wird so gefördert. Väter haben dadurch bessere Möglichkeiten Elternzeit in Anspruch zu nehmen. 	<p>keit. Die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und die eigenständige Existenzsicherung sind Ziele unserer Frauenpolitik. Wir fordern die Umsetzung des Rechts auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Zugangschancen zu allen Arbeitsbereichen und einen existenzsichernden, eigenständigen Rentenanspruch für Frauen. Die Kopfpauschale der Union in der Krankenversicherung degradiert sie wieder zu Bittstellerinnen. Das Ehegatten-Splitting setzt falsche Anreize und muss schrittweise aufgehoben werden.</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen in einer wachstumskritischen Tradition. Einer Politik des »Wachstum um jeden Preis«, ohne Rücksicht auf Mensch und Natur, stellen wir uns entgegen. Gleichzeitig ist eine Überwindung der drückenden Erwerbslosigkeit, die finanzielle Sicherung des Sozialstaats und der Abbau der Staatsschulden ohne wirtschaftliche Dynamik nicht denkbar. Die zentrale Herausforderung für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik liegt in einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch. Statt Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen, geht es darum, die Chancen zu erschließen, die in umweltverträglichen Energietechniken, Werkstoffen und Produkten liegen.</p>	<p>aus. Eltern müssen sich auch dafür entscheiden können, eine flexibilisierte Vollbeschäftigung zu erhalten - gleichzeitig oder im Wechsel mit reinen Familienphasen. Deshalb müssen kreative Modelle in Hinblick auf Arbeitsort (Telearbeit etc.) und Arbeitszeit (Arbeitszeitkonten etc.) erleichtert und gefördert werden.</p> <p>Wir brauchen ein durchlässiges und flexibles Bildungssystem. Nötig ist ein Aufbau der Bildung in kleineren abgeschlossenen Einheiten (Modulen), die aufeinander aufbauen, aber unterschiedliche Kombinationen zulassen, um Verschiebungen von Interessen, Berufswechsel, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und den Beruf nach dem Beruf besser abzubilden. Ausbildung, Studium und auch Fort- und Weiterbildung müssen so gestaltet sein, dass sie auch für Menschen mit Familienpflichten zugänglich sind. Aus- und Weiterbildung müssen stärker individuell vorhandenes Wissen und Fähigkeiten anerkennen und darauf aufbauen, auch auf Kompetenzen, die im Zusammenhang mit Familienarbeit erworben werden.</p> <p>Sicher würde auch ein geringeres Einkommensgefälle zwischen Vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern dazu beitragen, dass Väter und Paare sich leichter dazu entschließen</p>	

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen Leistungen für Familien in einer Familienkasse bündeln. Wir wollen Familien helfen, Armutsrisiken zu vermeiden, insbesondere bei Geringverdienenden und Alleinerziehenden. Der Kinderzuschlag soll fortentwickelt werden. <p>Eine SPD-geführte Bundesregierung wird erstmals einen „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ vorlegen und in einer nachfolgenden Regierungserklärung Fortschritte aufzeigen, die verbliebenen Defizite offenlegen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen darlegen.</p>	<p>Unsere Vorstellung für eine zukunftsfähige Ökonomie heißt »ressourcenleichtes Wirtschaften«: die Herstellung von Produkten und Dienstleistungen bei minimalem Einsatz von Rohstoffen und Energie. Es geht um eine fortlaufende Steigerung der Materialeffizienz, um das möglichst vollständige Recycling von Abfällen und um den Ersatz umweltschädlicher durch umweltfreundliche Stoffe. Die Unternehmen gewinnen dabei durch eine Senkung ihrer Materialkosten, die Volkswirtschaft durch sinkende Rohstoffimporte. Gleichzeitig verbessert ressourcenleichtes Wirtschaften die Umweltqualität und vermeidet Konflikte um knapper werdende Rohstoffe.</p>	<p>sich leichter dazu entschließen, eine sehr aktive Erziehungsrolle, wie etwa durch Elternzeitphasen, übernehmen. Zur Frage der Lohngerechtigkeit hat die FDP-Bundestagsfraktion in Anträgen folgende Forderungen aufgestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> Da die Ursachen für die Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen zahlreich sind, bedarf es breit angelegter Strategien, um diese schrittweise zu überwinden. Anstrengungen in der Bildungspolitik müssen auf ein verändertes Studien- und Berufswahlverhalten von Mädchen und Frauen zielen, damit sie stärker bisher männerdominierte - und besser vergütete - Wirtschaftszweige und Tätigkeiten erobern. Mit Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, muss Frauen ein anderes Erwerbsverhalten und damit bessere Einkommenschancen ermöglicht werden. Da Einkommensunterschiede gerade bei hohem Ausbildungsniveau groß sind, muss der Aufstieg von Frauen in Führungspositionen und ihre gleichberechtigte Integration in den Führungsebenen gefördert werden. 	
<i>Gibt es Modelle und Überlegungen, neue Indikatoren für gesellschaftlichen Wohlstand und Lebensqualität statt der bisher einseitigen Orientierung</i>		Wir wollen unser Wachstum stärker an qualitativen und nachhaltigen Gesichtspunkten ausrichten und Messindikatoren verbessern.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich schon lange dafür ein, dass das der Indikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht alleiniger Maßstab für	<ul style="list-style-type: none"> Einen wichtigen Beitrag zu mehr Lohngerechtigkeit müssen die Tarifpartner - nicht zuletzt im öffentlichen Dienst - leisten, indem sie die 	Die Wachstumsideologie führt in die Sackgasse – das ist immer mehr zu beobachten. Wir müssen uns nicht nur Nachhaltigkeitsmodellen zu-

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	DieLinke.PDS
am Bruttoinlandsprodukt zu entwickeln?		<p>Nachhaltiges Wachstum ist die Voraussetzung für dauerhaften Wohlstand und zur Schaffung notwendiger Verteilungsspielräume. Nicht-monetäre, aber hoch produktive Tätigkeiten wie Kindererziehung, Freiwilligenarbeit im sozialen, politischen oder Umweltbereich sowie Aktivitäten in Bildung und Weiterbildung gehen ebenso wenig in den international vergleichbaren Indikator des Bruttoinlandsproduktes ein wie die Qualität des Wachstums.</p> <p>Wie gut es uns geht, ist jedoch nicht nur von wirtschaftlichem Wohlstand abhängig, sondern auch von Faktoren wie Gesundheit, Wohlbefinden, gesunde Umwelt, Zugang zu Bildung und den Chancen, die wir zukünftigen Generationen zur Gestaltung ihrer Wünsche lassen.</p> <p>Angesichts der unterschiedlich weit fortgeschrittenen Entwicklung in den einzelnen Volkswirtschaften lässt sich Vergleichbarkeit nur basierend auf einem Minimalkonsens herstellen. Auch andere international vergleichbare Indikatoren, wie Arbeitslosenquoten nach dem Standard der Internationalen Arbeitsorganisation, gründen auf einem solchen Minimalkompromiss und sind mit denselben Schwierigkeiten belegt.</p> <p>Es ist gelungen, die Diskussion über die Frage, wie</p>	<p>die Messung des wirtschaftlichen Wohlstands bleibt. Es ist aus unserer Sicht auch für eine Nachhaltigkeitsstrategie nicht akzeptabel, einen nur summativen Indikator zu wählen. Der Indikator unterscheidet beispielsweise nicht zwischen Wirtschaftsaktivitäten, die langfristig wohlstandssteigernd sind und Reparaturkosten für einen nichtnachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Wir schlagen daher vor, neben dem BIP den „Index for Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) als Indikator zur Beurteilung von Wirtschaft und Wohlstand in der Nachhaltigkeitsstrategie heranzuziehen.</p>	<p>bestehenden Arbeitsbewertungssysteme und deren praktische Anwendung auf potentiell diskriminierende Mechanismen hin untersuchen und diese beseitigen. Besonderes Augenmerk gebührt der Unterbewertung frauendominierter Tätigkeiten durch die Nichtberücksichtigung von Anforderungen und Belastungen, die Doppel- und Mehrfachbewertung von Kriterien, die Männerdomänen begünstigen, die Verwendung unterschiedlicher Kriterien bei der Bewertung von frauen- und männerdominierten Tätigkeiten, die diskriminierende Auslegung von Anforderungsmerkmalen und die Anwendung verschiedener Maßstäbe bei der Bewertung vergleichbarer Arbeit von Frauen und Männern.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mit der vorgesehenen Ab-schaffung der Steuerklasse V nach dem Steuergesetzentwurf der FDP soll eine wichtige frauenpolitische Forderung Realität werden. Wissenschaftliche Untersuchungen haben belegt, dass innerhalb des Systems des Ehegattensplittings gerade die Steuerklasse V die Arbeitsanreize für den Zweitverdiener vermindert und zwar umso mehr, je weiter die Einkommen der Ehepartner auseinander liegen. Verheiratete Frauen erleben eine Geringschätzung ihrer Berufstätigkeit, weil sie - aufgrund der Steuerbelastung - 	<p>wenden, sondern auch damit leben, dass die Wirtschaft nicht immer weiter wachsen und es auch keine Vollbeschäftigung mehr geben wird. Hierfür brauchen wir gesellschaftliche Konzepte, die allen Menschen – unabhängig von der Erwerbsarbeit – ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.</p> <p>Es muss aber auch in einzelnen konkreten Bereichen ein Umdenken stattfinden. Anstatt z.B. allein darüber nachzudenken, wie der wachsende Energiebedarf gedeckt werden kann, ist die Frage zu stellen, ob und wie derselbe gesenkt werden kann. Dies ist sicher zum einen durch größere Energieeffizienz zu erreichen, zum anderen ist aber auch das Modell einer hyperflexiblen und –mobilen Gesellschaft in Frage zu stellen. Anstatt zu verlangen, dass die Menschen nur immer öfter und immer weiter hinter der Arbeit herfahren müssen, ist zu überlegen, wie dort, wo die Menschen leben, Arbeit geschaffen bzw. ihre Existenz gesichert werden kann. Das wird sicher nicht immer über einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt der Fall sein. Aber das muss ja nicht bedeuten, dass nicht auch in so genannten strukturschwachen Regionen genug wichtige Aufgaben zu erledigen wären.</p>

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
		<p>Wohlstand gemessen wird, in das Arbeitsprogramm des Beirates einfließen zu lassen. Aufgrund der Verkürzung der Legislaturperiode wird es jedoch nicht mehr zu einer Diskussion kommen.</p>		<p>nicht viel verdienen und sie streben eine Berufstätigkeit auch nicht an, „weil es sich nicht lohnt“ (wegen der hohen Steuerbelastung). Die Steuerklasse V demotiviert also viele Frauen, ins Berufsleben (wieder) einzusteigen. Dies ist im Hinblick auf gleichstellungspolitische Ziele und den wachsenden Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt ein falsches volkswirtschaftliches Steuerungssignal. Nach dem eingebrachten Gesetzesentwurf der FDP wird es die Steuerklasse V nicht mehr geben.</p> <p>Die FDP will das bürgerschaftliche Engagement fördern und dessen Rahmenbedingungen verbessern. Bürgerschaftliches Engagement fördert nicht nur das soziale Kapital unserer Gesellschaft, sondern ist ein Weg zur Selbstverwirklichung und Mitgestaltung. Bei der immer prekäreren Situation der öffentlichen Haushalte wird die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements zukünftig stark zunehmen.</p> <p>Solidarität und Verantwortungsbewusstsein, die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen, die Suche nach sozialen Kontakten, der Wunsch, sich neue Erlebnisswelten zu erschließen oder einfach das Gefühl, gebraucht zu werden, sind nur einige Motive, sich sozial zu engagieren.</p>	

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
				<p>Besonders bei der Generation 55+ ist eine regelrechte Aufbruchstimmung festzustellen: Der 2. Freiwilligensurvey vom Frühjahr 2005 zeigt bei dieser Gruppe ein Plus von 6% gegenüber den Daten von 1996, die höchste festgestellte Wachstumsphase beim bürgerschaftlichen Engagement überhaupt. Dies zeigt, das Potenzial der neu aufzubauenden generationsübergreifenden Freiwilligendienste ist sehr hoch. Wir unterstützen nachdrücklich die Modellprogramme zum Aufbau dieser Dienste. Daneben zeigen Untersuchungen, dass gerade neue Formen des gesellschaftlichen Engagements, die nicht dauerhaft und ausschließlich an eine Organisation gebunden sind, inhaltlich anspruchsvoll und abwechslungsreich sind, auf ein enormes Interesse stoßen.</p> <p>Um dieses Potential besser zu erschließen brauchen wir eine Infrastruktur und unterstützende Rahmenbedingungen für das Ehrenamt, die unterstützende Organisationsleistungen anbieten, aber auch die gesellschaftliche Wertschätzung freiwilligen Engagements vermittelt. Die FDP will neue innovative Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements fördern. Zum quantitativen Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements muss auch der qualitative Ausbau treten. Hierzu gehört</p>	

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
				<p>eine das Engagement unterstützende Infrastruktur. Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros bilden dabei wesentliche Elemente. Den Aufbau von engagementfördernden Strukturen, insbesondere Informations- und Beratungsangebote auf kommunaler Ebene, z. B. Freiwilligenagenturen etc., die sowohl beratend als auch vermittelnd tätig werden halten wir für dringend geboten.</p> <p>Ehrenamtliches Engagement, welches häufig mit erheblichem Zeitaufwand verbunden ist, muss stärker gewürdigt werden. Diese Anerkennung ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Medien, Verbänden und Gesellschaft.</p>	

9. Prüfstein: Planung von Aktivitäten und Maßnahmen zum Gender Mainstreaming und zur Frauenförderung

	<i>CDU/CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/Die Grünen</i>	<i>FDP</i>	<i>DieLinke.PDS</i>
Zu welchen Themen aus dem Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich planen Sie spezielle Aktivitäten und Maßnahmen im Rahmen von Gender Mainstreaming und Frauenförderung?	(Keine Beantwortung)	Wir verweisen auf die o.g. Aktivitäten sowie unsere Vorstellungen zu Gender Mainstreaming und Frauenförderung in allen Bereichen. Detailliertere Angaben sind im Moment nicht möglich.	Um nicht die kompletten Antworten 1-8 zu wiederholen hier nur die wichtigsten Felder, auf denen wir Aktivitäten und Maßnahmen für nötig halten in der Übersicht: <ul style="list-style-type: none"> - mehr Querschnittsvernetzung in allen Politikfeldern (Antwort Nr. 1) - stärkere Berücksichtigung in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Antwort Nr. 1) - mehr Berücksichtigung bei Entscheidungen und Postenbesetzungen in Politik und Wirtschaft (Antwort Nr. 2) - mehr Geschlechtergerechtigkeit in Wirtschaft und Arbeit (Antwort Nr. 8) - mehr Frauen und mehr GenderThemen in die Forschung (Antwort Nr. 3) - Berücksichtigung von Fraueninteressen bei Umwelt- und Verbraucherpolitik sowie bei der Liberalisierung in der Daseinsvorsorge (Antworten Nr. 4 und 6) - Ökologische, international solidarische und geschlechtergerechte Energie- und Klimapolitik (Antwort Nr. 5) Unsere konkreten Maßnahmenvorschläge siehe bei den jeweiligen Punkten.	(Keine Beantwortung)	Derzeit planen wir keine speziellen Aktivitäten und Maßnahmen, aber wir werden den Gender-Aspekt als Querschnittsansatz in unsere Arbeit integrieren.